

Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Ist Leipzig sicherer und sauberer?

In der LN-Reihe „Was OBM Tiefensee versprach“ bilanziert Stadtrat Horst Pawlitzky: In der Amtszeit des Oberbürgermeisters keine entscheidende Verbesserung! **Seite 3**

■ Leipzig unter Bomben

Die Kriegswalze kehrte in eines der größten deutschen Zentren der Rüstungsindustrie zurück, 11 500 Tonnen Bomben waren gegen den Frontnachschub gerichtet ... Am 27. Februar jährt sich einer der schwersten Angriffe zum 60. Male ... **Seite 5**

■ Märchen von der Salbe ...

... das beim Lesen gar nicht mehr so märchenhaft anmutet **Seite 16**

4

2005

13. Jahrgang

25. Februar

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

für die Zukunft der Reichen

Reform

Wir müssen, nachdem wir die DDR ausgeraubt haben, die Menschen im Westen enteignen

Norbert Walter, Deutsche Bank, 7.2.2005:
"Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können."



Banker-Klartext

Wer ist „wir“, lässt sich zunächst fragen, nachdem man die Worte des Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Norbert Walter, über die Überwindung des Sozialismus (siehe Abbildung) zur Kenntnis genommen hat. Aus dem Kontext realer Politik wird bald ersichtlich, dass sich dieses Wir auf eine Oligarchie bezieht, zu der Finanz- und Industriemagnaten und ihre führenden Manager in Staat und Wirtschaft gehören. Die Deutsche Bank geht mit Masseneinlassungen trotz hoher Gewinnsteigerung beispielhaft voran.

Die Äußerung macht zum ersten wie selten deutlich, wer in Deutschland eigentlich das Sagen hat, wer die Richtung vorgibt, und dass alles, was darauf folgt – im Staat, in den Parteien und Verbänden, überall dort, wo mit viel Getöse und viel salbungsvollen Worten Politik gemacht und Recht gedreht wird – in der Regel nur Realisierung dieser Linie ist, mal härter, mal moderater und wohl dosiert. Die Agenda 2010 der SPD und die strategischen Dokumente der Unionsparteien haben die gleichen Ziele, formulieren sie aber so um und schmücken sie so aus, dass der biedere Bundesbürger und Wähler bereit ist, sie ergeben hinzunehmen.

Zweitens wird an der seltenen Offenheit des Chefvolkswirts bei der Darlegung der Strategie deutlich, worum es eigentlich geht. Dass Walter den Sozialismus und die sozialen Errungenschaften in der BRD auf die gleiche Stufe stellt, ist nur der eine bemerkenswerte Aspekt, einer, der auch vieles erklärt, was seit 15 Jahren nach dem „Rückbau“ des realen Sozialismus geschehen ist. Der andere ist: Ihm scheint die Zeit reif, Klartext zu reden. Seine Worte sollen die schon seit längerem verschärfte Gangart in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, bei der Erhöhung des Drucks auf Arbeitende und Arbeitslose, auf Rentner und Studierende, letztlich auf alle Nichtprivilegierten, rechtfertigen. Vor allem aber sind sie ein Signal für die Zukunft.

Die Offenheit ist aber auch ein Zeichen für die Schwäche des Widerstands. Hoffentlich aber auch ein Anlass, sich die Augen zu reiben und zu erkennen, was geschieht.

• GÜNTER LIPPOLD

Unüberbietbare Chuzpe der Nazis

Wenn einer Vater und Mutter erschlägt und sich dann selbst bejammert, weil er ja nun Vollwaise sei – das etwa meinen Juden, wenn sie von Chuzpe sprechen.

Chuzpe – so stark das Wort, so widerlich die Sache, die es meint – genügt dennoch kaum mehr zur Charakterisierung des perversen Treibens der Neu- und Altfaschisten, die am 13. Februar aus allen Teilen Deutschlands kommend, in Dresden „trauerten“. Dabei passierten Dinge scheinbar am Rande, angesichts derer die Öffentlichkeit hätte aufschreien und die Politiker hätten einschreiten müssen. Wollen nicht alle die Auseinandersetzung mit der braunen Suppe? Hier wurde sie, wie gewohnt, versäumt:

Die durch Hess-Aufmärsche berühmt-berühmte „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ hatte auf die Schleife ihres Kranzes, den sie für die Opfer des anglo-amerikanischen Bombenangriffs auf dem Dresdner Heidefriedhof unbehelligt niederlegen konnte, unter anderem Bertolt Brechts Mahnung aus dessen 1955 erschienener „Kriegsfiel“ aufdrucken lassen: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ...

Unüberbietbare Chuzpe, die nicht zuletzt deshalb möglich ist, weil in diesem Land das Wort Antifaschismus aus dem offiziellen Sprachgebrauch getilgt wurde. Traurig, dass die LVZ dieser Tage ausgerechnet einen Überlebenden des Holocaust zitieren konnte, dass das Gegenteil von Faschismus nicht Antifaschismus, sondern gelebte Demokratie sei.

Schöne Demokratie, wenn sich die in Dresden marschierenden Nazis dann auch noch die weiße Rose – dieses wohl doch zu schwache Zeichen des demokratischen Protests gegen die Vereinnahmungsversuche der Nazis – ans Revers stecken konnten. Chuzpe – geduldet, ungestraft.

Fazit: Demokratie ohne konsequenten Antifaschismus lässt wohl nichts anderes erwarten. • MAXI WARTELSTEINER

EU-Plan mit Giftzähnen

„Dienstleistungs-Richtlinie“ klingt so bürokratisch wie harmlos. Würde das Europäische Parlament diesen Entwurf aber wie geplant demnächst umsetzen, hätte das dramatische Folgen für die Arbeitsbedingungen und Sozialstandards in Deutschland. Jede Firma soll ihre Dienstleistungen „ungehindert“ in jedem Land der Europäischen Union anbieten können. Wobei der Knackpunkt dieses „Herkunftslandsprinzips“ ist, dass sich Löhne und Arbeitsbedingungen an den Mindeststandards der jeweiligen Herkunftsländer orientieren und nationale Gesetze und Regelungen nur noch in Ausnahmefällen oder übergangsweise gelten.

Das wäre das Aus sozialer und tariflicher Standards und der Beginn eines verschärften Unterbietungswettbewerbs, befürchtet die IG Metall. Allein im baunahen Handwerk könnten mehr als eine Million Beschäftigte zu den Leidtragenden gehören: Elektriker, Schlosser, Schreiner, Heizungsmonteur ... Aber auch die Industriebeschäftigten blieben nicht verschont. Für Metallfirmen wäre es lukrativ, Dienstleistungen wie Werkschutz, Kantinen, Reinigung und Wartung an ausländische Billiganbieter auszulagern. Die IG Metall, Ver.di und die IG BAU, die sich zusammenschlossen, um diesem EU-Entwurf „die Giftzähne zu ziehen“, stehen mit ihrer Kritik keineswegs allein. Die Bundesvereinigung Bauwirtschaft und der Zentralverband des deutschen Handwerks fürchten immerhin Wettbewerbsverzerrungen und Unterbietungskonkurrenz. Sogar Bundeskanzler Schröder, der das Vorhaben zunächst unterstützte, vollzog eine Kehrtwende und erklärte am Aschermittwoch, die EU-Pläne würden „so nicht umgesetzt“.

Klingt ja gut, aber hat sich je ein Kapitalist einen Giftzahn ziehen lassen? Vom international agierenden Kapital ist solches gleich gar nicht zu erwarten, erst recht nicht mit der EU-Verfassung im Rücken, die nichts als die Bedingungen des Marktes anerkennt. • MX

Fußnoten zu Aschermittwochsreden

Edmund Stoiber behauptete mit Blick auf die NPD, dass in Bayern rechtsextreme Parteien „kein Bein auf den Boden bekommen“. Wozu auch? Eine solche rechte Staatspartei wie die CSU reicht doch erst einmal aus.

Gerhard Schröder, nachdem er die hohen Erwerbslosenzahlen beklagt und seinen innenpolitischen Reformkurs verteidigt hatte, forderte optimistisch dazu auf, „an die Ar-

Na bitte, es geht doch!

Buchmesse wieder ohne Bundeswehr-Propaganda

LN. Die Proteste gegen den Missbrauch der Leipziger Buchmesse durch die Bundeswehr haben einen ersten Erfolg errungen. Gegenüber der Tageszeitung *junge Welt* bestätigte das Verteidigungsministerium, dass die Bundeswehr sich in diesem Jahr nicht an der Buchmesse beteiligen wird.

Erst im Dezember vergangenen Jahres hatten Friedensfreunde in einem Gespräch mit Messeamtschef Wolfgang Marzin und Buchmesседirektor Oliver Zille ihre Bedenken gegen die Präsentation der Bundeswehr auf der Buchmesse vorgetragen und ein Protestschreiben mit 1111 Unterschriften vorgelegt. Das Protestschreiben wurde zudem Verteidigungsminister Peter Struck und dem Wehrbeauftragten des Bundestages, Wilfried Penner (beide SPD) übermittelt.

Zum Rückzug der Bundeswehr von der diesjährigen Buchmesse haben mehrere Verleger, u.a. Matthias Oehme von der Eulenspiegel Verlagsgruppe, Jürgen Harrer vom PapyRossa Verlag, Jür-

gen Heiser vom Atlantik Verlag, eine Erklärung veröffentlicht, in der es u.a. heißt:

„Zunächst begrüßen wir die Entscheidung, da sie dem Umstand gerecht wird, dass eine deutliche Mehrheit der Aussteller, Autoren und Besucher die Präsenz der Bundeswehr auf der Buchmesse ablehnt. Propaganda für künftige Angriffskriege der vom Grundgesetz her nur für Verteidigungszwecke zugelassenen Bundeswehr auf einer Buchmesse stellt eine erhebliche Beeinträchtigung des Messefriedens dar. Erstaunlich daher, dass die Messeleitung nicht schon früher auf die Proteste reagiert hat ...

Trotz des jetzt angekündigten Rückzugs der Bundeswehr sollten jedoch alle demokratischen und friedliebenden Kräfte wachsam bleiben: Der Rückzug wurde ausdrücklich nur für dieses Jahr erklärt. Deshalb weisen wir vorsorglich darauf hin, dass bei einer Wiederaufnahme der Propagandatätigkeit der Bundeswehr auf der Buchmesse unsere Protestaktionen fortgeführt werden ...“

Gedenkfeier in Holzhausen

Vor 60 Jahren, am 8. Februar 1945, wurde der Antifaschist Walter Heise von den Nazis hingerichtet. Aus diesem Anlass lud die Ortsorganisation der PDS Holzhausen am Sonntag an den Gedenkstein in der Walter-Heise-Straße ein. Etwa 50 Bürger waren gekommen, unter ihnen Ortsvorsteherin Grimm (CDU), Vertreter der Schulleitung und des Bundes der Antifaschisten.

Brigitte Wagner, Vorsitzende der PDS in Holzhausen und Mitglied des Ortschaftsrates, sprach über den antifaschistischen Kampf zur Zeit der Naziherrschaft und über seine Bedeutung in der Gegenwart. Frau Dr. Pohl berichtete über Leben und Kampf Walter Heises und las aus dem letzten Brief an seine Angehörigen. Herr Tschapek, einer der wenigen noch lebenden Verfolgten des Naziregimes, der diese Zeit in englischer Emigration überstand, wo er mit anderen Kindern von rassistisch und politisch Verfolgten zusammenlebte, erzählte, dass ehemalige Schulkameraden, die heute in Israel, den USA, Großbritannien usw. leben, ihn fragen „Was ist in



Deutschland los! Warum sind neonazistische Parteien zugelassen? Warum dürfen sie öffentlich der Geburtstage von Kriegsverbrechern gedenken? Was habt Ihr für Richter und Gerichte, die meinen, Faschisten müssten durch die Demokratie geschützt werden?“

Viele der Anwesenden legten Blumen am Gedenkstein nieder. Es wäre schön, wenn das Beispiel Holzhausen Schule machen würde und auch in anderen Orten wieder der ermordeten antifaschistischen Kämpfer in würdiger Weise gedacht würde.

• RAHEL SPRIN-

Konjunkturanalyse der IHK Sachsens:

Wirtschaft mit gespaltener Entwicklung

Die Landesarbeitsgemeinschaft Sächsischer Industrie- und Handelskammern befragte 2195 Unternehmen aller Branchen mit 91 000 Mitarbeitern am Jahreswechsel. Die Lageeinschätzung verbesserte sich auf 25 Prozent „gut“ und nur 22 Prozent „schlecht“. Diese positive Entwicklung wird wie in der Vergangenheit nur von einem Teil der Branchen getragen – von der Industrie und den Dienstleistungen, jedoch differenziert. Als Zugpferde zeigten sich die Elektrotechnik/Elektronik (+18,3), Metallbe- und -verarbeitung (+13,0), Maschinenbau (+12,1) und Fahrzeugbau (+7,1). Der Gesamtumsatz der Industrie stieg um 9,1 Prozent. Auch das Dienstleistungsgewerbe konnte zulegen. Der Anteil „guter“ Fir-

men stieg von 23 auf 30 Prozent. „Schlecht“ schätzten 19 Prozent ein. Softwareberatung, Datenverarbeitung, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater, Werbung und Finanzunternehmen trugen die Entwicklung. Baugewerbe, Handel, vor allem Einzelhandel, und Verkehrsgewerbe rutschten wiederum ins Minus. Die Einschätzungen schwanken zwischen 12 und 16 Prozent „gut“. Die Ursachen sind das anhaltend niedrige Kaufkraftniveau mit einer Verschlechterung durch Hartz IV und Kostensteigerungen. Das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik, in ihrem Interesse wirksame Reformen zu gestalten, ist derzeit so gering, dass die verbesserte Stimmung nicht in dieses Jahr mitgenommen

wird. Nur 11 Prozent der Unternehmen erwarten bessere Geschäfte, aber 30 Prozent schlechtere – 9 Prozent weniger als zur Jahresmitte 2004. Der Beschäftigungszuwachs in der Industrie von 6800 Personen konnte den Personalabbau in den anderen Branchen nicht ausgleichen. 2005 bleibt der Anteil der Firmen mit positiver Personalplanung mit nur 9 Prozent klar in der Minderheit, während 23 Prozent Personal abbauen wollen – am meisten das Baugewerbe. Präsident Topf forderte dringend Arbeitsmarktreformen, Steuerreformen, Investitionsförderung sowie Maßnahmen zur Harmonisierung in den EU-Ländern für einen fairen Wettbewerb.

• JOACHIM SPITZNER

LN. Nach den jüngsten Randalen am Connewitzer Kreuz (in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar 2005) verbreiteten Rolf Müller, (Leitender Kriminaldirektor, Polizeidirektion Leipzig) und Holger Tschense (Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig), in der Presse, dass das Connewitzer Kreuz ab sofort dauerhaft videoüberwacht werde.

Diese Information ist falsch, das Connewitzer Kreuz wird bereits seit Juni 2003 dauerhaft videoüberwacht, erklärt die Initiative „Leipziger Kamera“ in einem Offenen Brief an diese beiden Herren. Wer Augen im Kopf habe, könne „das ganze Jahr über auf dem Dach des Hauses Karl-Liebkecht-Straße 152 eine Kamera sehen. Zudem weisen Schilder darauf hin, dass der Platz videoüberwacht wird. Bereits am 14. Mai 2003 war in der LVZ zu lesen, dass die Kamera wieder aufgestellt wird und am 9. Februar 2004, dass sie seit Juni 2003 in Betrieb ist und ihren Zweck erfüllt.

Demnach wird das Connewitzer Kreuz seit eineinhalb Jahren dauerhaft videoüberwacht.“

Soviel zur kriminalpräventiven Wirkung der Überwachung. Die Frage an die Herren Tschense und Müller lautet: „Was soll also diese Fehlinformation? Wir meinen, dass Sie mit Ihrer Ankündigung, das Connewitzer Kreuz durch Videoüberwachung sicherer machen zu wollen, das Scheitern Ihrer Law-and-order-Politik vertuschen wollen. Deshalb fordern wir Sie auf, diese Kamera und die drei anderen Überwachungskameras der Polizei in Leipzig abzuschalten.“

Zur Gedächtnisauffrischung für die Leipziger: Holger Tschense war es, der im April 1996 am Leipziger Innenstadtring in einem Pilotprojekt die deutschlandweit erste Videokamera zur

Zu viele zu arglos

Leipziger Pilotprojekt Videoüberwachung ist folgenschwere Grundrechtseinschränkung

Überwachung des öffentlichen Raums aufstellen ließ. Für diese bis dahin einmalige Grundrechtseinschränkung führte der für Ordnung in der Stadt verantwortliche Bürgermeister als Argumente an: Videokameras dienen der Aufklärung von Straftaten, der Vermeidung von Straftaten und verbessern das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen. Die Bilanz der Initiative „Leipziger Kamera“ besagt ganz anderes:

Videokameras verdrängen Kriminalität nur

Am 9. Februar des vergangenen Jahres war in der *Leipziger Volkszeitung* zu lesen, dass bis dahin 44 Straftäter dank der Kameras überführt worden seien. Wurden denn auch alle 44 Personen von einem Gericht schuldig gesprochen? Wie auch immer, 44 überführte Personen sind eine schmale Erfolgsbilanz für

eine teure Maßnahme, wenn man bedenkt, dass der Betrieb einer Kamera jährlich etwa 10 000 Euro verbraucht.

Schließlich gab Rolf Müller als Leiter der Polizeidirektion Leipzig in der Veranstaltung „Bitte lächeln. Pro & Contra Videoüberwachung“ im April 2004 selbst zu, dass sich die Videoüberwachung zur Straftatenaufklärung *nicht* lohne. Dennoch präsentiert er seit Jahren erstaunliche Zahlen: Je nach Deliktgruppe seien die Straftaten um 20 bis 60 Prozent durch die Videoüberwachung zurückgegangen. Zahlen, die mit Recht anzuzweifeln sind. Es fehlt vor allem der Vergleich, wie die Kriminalitätsentwicklung ohne Videoüberwachung gewesen wäre. Schließlich ist aus der „Polizeilichen Kriminalitätsstatistik“ abzulesen, dass in den neunziger Jahren die Anzahl der Straftaten kontinuierlich gesunken ist. Der Bundesverband deutscher Ver-

sicherer nimmt beispielsweise an, dass die von Herrn Tschense so gerne angeführten KFZ-Diebstähle Ende der Neunziger deshalb rückläufig waren, weil in Neuwagen serienmäßig Wegfahrsperren eingebaut wurden. Von Videoüberwachung keine Rede! Zudem besagt die Statistik nichts über eine Verdrängung der Straftaten. Rolf Müller gab bei der oben erwähnten Veranstaltung auf Nachfrage selbst zu, dass die Delikte lediglich in andere Stadtgebiete verdrängt wurden. Was soll also die Behauptung vom präventiven Effekt der Videoüberwachung?

An einer wirklichen wissenschaftlichen Aufarbeitung des Nutzens der Videoüberwachung scheint landes- und bundesweit niemand interessiert zu sein.

Im Jahr 2002 gab das britische Innenministerium eine Studie über die Ergebnisse der flächendeckenden Videoüberwachung heraus. Sie rückt die immense

staatliche Förderung dieser Überwachung in ein nüchternes Licht: Im Durchschnitt sei der kriminalitätssenkende Effekt sehr gering, wenn nicht gleich Null.

Die Verbesserung der Straßenbeleuchtung beeinflusst die Kriminalitätsentwicklung nachhaltiger.

Verbesserung des Sicherheitsgefühls?

Zum Sicherheitsgefühl liegt eine Studie der Universität Leipzig vor. Im Juni 2000 wurden 770 LeipzigerInnen nach ihrer Einstellung zur Videoüberwachung befragt. 70 Prozent der Befragten fühlen sich sicher, fast 80 Prozent befürworten mehr oder weniger die Videoüberwachung. Die Umfrage scheint die Stadtpolitik zu bekräftigen, jedoch wird das Bild widersprüchlich, wenn Detailfragen gestellt werden. Deshalb die Schlussfolgerung: „Es scheint also ein Missverhältnis zwischen der Art der Bedrohung und dem erwarteten Sicherheitsgewinn in Bezug auf Videoüberwachung zu geben“.

Deutlicher formuliert bedeutet dieses Ergebnis, dass das sogenannte Sicherheitsgefühl vermutlich nicht vom Einsatz der Videoüberwachung herrührt. Und auch der Fakt, dass das zu Beginn der neunziger Jahre recht geringe Sicherheitsgefühl sich gehoben hat, liegt wohl eher an der Gewöhnung der Ostdeutschen an die neuen gesellschaftlichen Zustände als an der Videoüberwachung.

Da bleibt schon die drängende Frage, ob all der teure Aufwand wirklich der Sicherheit der Bürger dienen soll oder eher doch ihrer totalen Kontrolle?

Die Initiative „Leipziger Kamera“ lädt zum nächsten (Video-)Überwachungskritischer Stadtrundgang. Auf den Spuren unserer Daten. Freitag, 18. März 2005, 16 Uhr, Treffpunkt: Richard-Wagner-Straße/Hallisches Tor



Big Brother is watching you – auch vom Dach der Karl-Liebkecht-Straße 152 aus (Gebäude links auf dem größeren Foto)



Fotos: Märker

Für das Ostufer des Kulkwitzer Sees hat die Stadtverwaltung Leipzig den Entwurf eines Bebauungsplanes vorgelegt. Der See soll attraktiver werden. Das klingt gut. Aber schon ein flüchtiger Blick auf den Bebauungsplan provoziert die Frage: Attraktiver für wen? Das Gebiet des Bebauungsplanes wird durch einen Interessenkonflikt bestimmt: Einerseits ist es wichtiges Naherholungsgebiet für die Leipziger und wird auch für den Freizeitsport genutzt. Für die Grünauer ist es das wichtigste Naherholungsgebiet und viele Vermieter werben mit der Nähe zum See. Bisher muss die Stadt für die Pflege, Sanierung und Bewirtschaftung des Naherholungsgebietes Kulkwitzer See jährlich 200 000 bis 300 000 Euro zuschießen. Die bisherigen Einnahmen durch Vermietung, Verpachtung, Parkgebühren u. ä. decken die Kosten nicht. Mit dem neuen Bebauungsplan soll das Gebiet für Gäste aufgewertet werden, die übernachten und durch ihre Nachfrage einen möglichst hohen Umsatz verursachen.

Die Flächen für umsatzstarke Touristen sollen nun den Anwohnern entzogen werden. Dazu kommt, dass die gut zahlenden Gäste natürlich Ansprüche haben: Ruhe, vandalismusfreie Erholungsgebiete, Schutz des Eigentums und gepflegte Badestrände, das kostet weitere Flächen. Der Bebauungsplan begünstigt eindeutig den Tourismus zu Lasten der Leipziger und der Anwohner, denen Naherholungsmöglichkeiten entzogen und Lebensqualität genommen wird.

Ein attraktiver See für zahlende Touristen

Warum sollen für Leipziger ausgerechnet große Teile des Uferbereiches des stadtnächsten Sees unzugänglich werden? Viele Leipziger kommen zum See zu Fuß, per Rad oder ÖPNV, die zahlenden Touristen per Pkw. Werden die Leipziger durch die Autotouristen verdrängt, müssen auch sie ins Auto steigen, um an anderen Seen Uferbereiche zu finden, die genügend Platz und Ruhe bieten. Damit wird das Freizeitverkehraufkommen erhöht. Mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die auf kurze, ohne Pkw zu bewältigende Wege setzt, um Verkehr zu vermeiden, hat das nichts zu tun. Eine Realisierung des vorliegenden Entwurfes würde ein vorhandenes Potenzial für nachhaltige Stadtentwicklung regelrecht zu betonieren.

Aus diesem Grund treten wir von der IG See dafür ein, den Kulkwitzer See vorrangig für die Anwohner offen zu halten und neue Einrichtungen für Gäste, die übernachten wollen und mit Pkw anreisen, an anderen Seen um

Leipzig zu schaffen, die ohne Pkw nur schwer zu erreichen sind. Solche Seen gibt es bei Leipzig reichlich.

Der Kernpunkt der angezielten Veränderungen ist die Ersetzung eines Kinderspielfeldes und von Sportplätzen an der Tauchschule Delphin bei Lausen durch eine 4800 m² große Ferienhauskolonie. 80 neue Ferienhäuser und ein Hotel sollen nach den Plänen der Verwaltung dort stehen, wo heute noch Kinder spielen. Aber die machen sowieso nur Lärm, hinterlassen Unrat und halten damit ruhebedürftige zahlende Gäste fern. Leipzig eine kinderfreundliche Stadt?

Um zu verhindern, dass mit Hilfe des Bebauungsplanes die Bürger, die dort nur spazieren gehen, baden, Sport treiben und spielen wollen ohne dafür viel Geld auszugeben Gäste zweiter Klasse werden, haben wir im Ergebnis der Beratung der IG See eine Liste von Einsprüchen formuliert. Unser Ziel ist den See vorrangig für die Leipziger Bürger offen zu halten, besonders auch für die, die nicht das Geld haben, viel für ihre Freizeit auszugeben. **Diese Einsprüche liegen im KOMM-Haus in Grünau, Selliner Str. 7 aus für Bürger, die sie unterstützen wollen bis zum 11. März zur Unterschrift aus.** Der B-Plan liegt zur Einsicht im neuen Rathaus, im KOMM-Haus und in der Rezeption am See aus (dort aber nur von 9 bis 11 Uhr).

Unter www.kulkwitzersee.com stehen Bebauungsplan und Einsprüche auch im Internet.

• LEO KASEK

27. Februar 1945: Leipzig erlebt einen der schwersten Bombenangriffe

Kriegswalze kehrte in Rüstungszentrum zurück

Die Verdrängung der deutschen Kriegsschuld funktioniert immer besser und beginnt schon bei dem verharmlosenden, neutralen Begriff „Kriegsende“. Wer in diesem Land, von den Politikern bis zu ihren Sprachrohren in den Medien, nennt denn den 8. Mai 1945 noch Tag der Befreiung vom Faschismus?

Insofern ist es im Deutschland dieser Tage bereits ein Sieg der Vernunft und der Wahrheit, wenn die militärisch absolut nicht zu begründende anglo-amerikanische Bombardierung Dresdens vom 13./14. Februar dennoch als eine Folge des 30. Januar 1933 angesehen wird. Wirkungen haben nun einmal Ursachen. Aber Dresden ist ein besonderer Fall, er dokumentiert am Ende des heißen Krieges den Beginn des Kalten Krieges gegen die Siegermacht Sowjetunion.

Anders liegen die Dinge bei einem der schwersten Luftangriffe auf Leipzig, der sich am 27. Februar zum 60. Male jährt. Leipzig mit dem riesigen Verladebahnhof und den vielen Rüstungsbetrieben war militärisch begründetes Angriffsziel. Bereits am 4. Dezember 1943 und am 20. Februar 1944 hatten schwerste Bombardierungen Schneisen der Verwüstung durch Leipzig geschlagen und Feuerstürme entfacht. Insgesamt erlebte Leipzig 38 Luftangriffe, darunter 11 Großangriffe. Auf die Stadt fielen 11500 Tonnen Bomben, 6000 Menschen wurden dabei getötet, mehr als 60 Prozent der Bausubstanz der Innenstadt waren zerstört. Schwer getroffen waren die Industriegebiete in Mockau, Portitz, Thekla ...

Hinterland, das war in grauer Vorzeit einmal so etwas wie ein Schutzraum für die Frauen, die Kinder, die Greise, die Verletzten und Kranken. Im „modernen“ Krieg gibt es keine Schutzräume. Das Hinterland ist von Feind-Bombern jederzeit erreichbar und hat seine Unschuld als Rückzugsgebiet längst verloren.

Sir Charles Portal, britischer Luftmarschall, setzte Leipzig im September 1940 nicht von ungefähr auf eine Liste von 19 deutschen Angriffszielen. Leipzig mit seinen über 700 000 Einwohnern war aus britischer Sicht sehr gut geeignet, um Vergeltung für die deutschen Terrorangriffe auf Städte wie London oder Coventry zu üben. Vor allem aber war es auf bestem Wege, eines der größten Rüstungszentren Deutschlands zu werden. Die Erla-Maschinenwerke bauten hier insgesamt 12 000 Me 109-Jagdflieger und die Allgemeine Transportanlagen G.m.b.H. (ATG) Rumpfe und Tragflächen für die Ju 88. Deren Fertigmontage erfolgte in der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG – Flugzeugbau/Werft Leipzig. Zahlreiche Zulieferer hatten sich in Taucha, in den städtischen Messehallen, in der Kammgarnspinnerei Stöhr & Co, in Rackwitz usw. angesiedelt. Schier endlos ist die Liste der für den Krieg produzierenden Leipziger Betriebe.

Wer im „Hinterland“ des Krieges eine Bombennacht nach der anderen erleben musste, für den ist das seit Februar 1942 verfolgte „moral bombing“-Konzept der Royal Air Force einfach nur menschenverachtend. Heißt das doch nichts anderes, als dass mit Angriffen auf die Wohngebiete deutscher Industriearbeiter deren Arbeitsmoral untergraben werden sollte.

Wer jedoch nicht schlechthin irgendein Kriegsende ersehnte, sondern vom Hitlerfaschismus befreit werden wollte, der wird trotz alledem akzeptieren müssen, dass die deutsche Kriegsmaschinerie mit ihrer total auf Rüstung eingestellten Industrie im Hinterland nicht mit Bonbonkanonen und Aufrufen zur Menschlichkeit aufzuhalten war. Weshalb im April 1942 die britische Regierung auch Leipzig endgültig als potentiell Ziel eines massiven Bombardements bestätigte. Auf Druck der USA geriet die Stadt Ende September 1943 als Standort der Luftrüstung noch stärker ins Fadenkreuz. Für Militärs eine logische Sache. Für die – notabene Hitlers Kriegszielen mehrheitlich ziemlich ergebene und bis zum Schluss an den Endsieg glaubende Bevölkerung ein höllischer Wahnsinn.

Sogenannte Antideutsche nutzten das 60. Jahr der Zerstörung Dresdens für ihre angeblich total antifaschistische Losung „Keine Tränen für die Deutschen“ (nach der englischen Version: „No tears for

krauts“). Mag sich dieser Spruch auch gegen die allgegenwärtigen Geschichtslügen wenden, angesichts der Toten und ihrer Trauernden ist er kaltschnäuzig. Politisch dumm ist er obendrein. – Er blockiert sachliche Gespräche und verletzt Emotionen vor allem von jenen, die in ihren Kriegsleiden und ihrem Kummer bis heute nicht in der Lage sind, Mitschuld zu akzeptieren. Gerade ihre Geschichten, ihre Erlebnisse aber sind es, die vor allem in diesem 60. Jahr der Befreiung massenhaft dazu benutzt werden, um aus den Deutschen ein den Mächten hilflos ausgeliefertes Opfervolk zu machen. Man muss nur den Fernseher anschalten: Deutsche in mörderischen Kriegsgefangenenlagern, Deutsche, die sich durchhungern mussten, Flüchtlingstrecks zwischen den Fronten, vergewaltigte Frauen, aus der Heimat Vertriebene sowieso ... Jedes einzelne Schicksal ist eine menschliche Tragödie. Aber einfach vom Himmel gefallen ist das Unglück nicht.

Nebenstehende Fotos sind aus einem empfehlenswerten Buch des Leipziger Lehmstedt-Verlages „Leipzig in Trümmern“. In Briefen und Tagebüchern schildern Leipziger ihr Leben und Überleben in den letzten Kriegsmonaten und den Neubeginn nach dem 8. Mai. Das Leben im Krieg funktioniert irgendwie, Kinder besuchen – immer seltener – die Schule, zählen die Alarme, sehen Filme, lesen, freuen sich über zusätzliches Essen. Erwachsene listen Lebensmittelrationen auf, lecken ihre Wunden, beschreiben die unvorstellbaren Zerstörungen und ihren trotz alledem weitergehenden Alltag. Und dann eine Tagebucheintragung vom 9. Mai 45, ein 50-jähriger Disponent kommentiert Rundfunkmeldungen über Konzentrationslager: „Die unmenschlichen Grausamkeiten sind für uns, die wir davon auch nicht die blasseste Ahnung gehabt haben, einfach unfassbar.“

In Leipzig gab es schon 1941 mitten in der Stadt – beispielsweise in der Eilenburger Straße und in der Braustraße – Lager und Baracken für Zwangsverschleppte und Kriegsgefangene, die unter erbärmlichsten Bedingungen lebten und arbeiteten. Im Sommer 1944 wurden in Leipzig acht KZ-Außenlager eingerichtet. Spätestens jetzt war das System faschistischer Sklavenarbeit auch in Leipzig in aller Deutlichkeit sichtbar. Mögen sich viel zu viele Bürger entsetzt abwendet haben, zu übersehen war es kaum, wie sich täglich völlig ausgemergelte menschliche Wracks in Holzschuhen und erbärmlicher Kleidung, bei Wind und Wetter in die Rüstungsbetriebe schlepten.

Auch diese Opfer deutscher Welteroberungspolitik wurden übrigens Opfer der Bombardierungen.

• MAXI WARTELSTEINER



Das Vorwort von Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee passt zu diesem authentischen wie emotionalen Buch über das Jahr 1945 aus Sicht von Leipzigern verschiedenen Alters und verschiedener sozialer Zugehörigkeit. Aber warum hört er nicht mit dem schönen Satz auf: „Ohne Optimismus ist Leipzig nicht Leipzig.“ Warum der Hinweis, dass der 1945 begonnene Wiederaufbau erst am Beginn des 21. Jahrhunderts abgeschlossen worden ist? Sicher, da wurden – nach unvorstellbaren Aufbauleistungen – noch einige Lücken gefüllt. Ironie bloß: Tiefensee mahnt, angesichts des schweren Anfangs das Geschaffene zu behüten! Wer hat denn – ohne Waffen – die jüngsten Leipziger Industriebrachen und Ruinen geschaffen? Doch Polemik passt nicht hierher.

Aussagekräftig in diesem Buch nicht nur die Berichte über die erste Leipziger Messe nach dem Krieg, über erste Entnazifizierungen, den Neubeginn des Schulunterrichts; lesenswert auch die Briefe Max Schwimmers oder Erich Zeigners und die nachträglich bearbeiteten (politisch bereinigten?) Tagebuchstellen des Geschäftsführers des Inselverlages, Friedrich Michael, der unter anderem die gezielte Abwerbung der Leipziger Verlage durch die Amerikaner als ganz selbstverständlich skizziert.

• M. W.

Leipzig in Trümmern. Das Jahr 1945 in Briefen, Tagebüchern und Fotografien. Herausgegeben von Mark Lehmstedt. Lehmstedt Verlag, Leipzig 2004, 296 S., 19,90 Euro





Pfeile gegen Einheit der Antifaschisten

Es muss schon verwundern: Einen Tag, nachdem die Leipziger OBM-Kandidaten der demokratischen Parteien übereinstimmend erklärten, sie würden im Wahlkampf nicht gemeinsam mit dem NPD-Kandidaten auftreten und nachdem bekannt wurde, dass die Stadtratsfraktionen eine gemeinsame Erklärung in diesem Sinne vorbereiten, gab die „Leipziger Volkszeitung“ einem sogenannten Politikwissenschaftler das Wort, der sich in seiner 100-Tage-Bilanz der sächsischen Koalitionsregierung indirekt auch zum antifaschistischen Konsens der demokratischen Parteien äußerte. Doch schon die LVZ-Frage ist darauf angelegt diesen Konsens zu unterlaufen: „Werden die Linkssozialisten durch die Existenz der NPD hoffähig?“ – Der Wissenschaftler nimmt die Frage dankbar auf und spricht von einer starken PDS im Landtag, die „kein Gralshüter der Demokratie ist“ und von den „demokratischen Fraktionen, zu denen für mich die PDS nicht zählt“. Ich sagte eingangs: Es muss schon verwundern... Oder ist es schon so weit, dass dergleichen Anti-Antifaschismus bei der LVZ nicht mehr verwundern muss?

• GÜNTER LIPPOLD

100 Tage ohne positive Impulse

LN. Die ersten 100 Tage der CDU/SPD-Koalitionsregierung in Sachsen, die traditionelle Schonfrist, sind vorbei – Anlass für den Vorsitzenden der PDS-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Peter Porsch, eine Bilanz zu ziehen. Von der erhofften Aufbruchstimmung nach dem Bruch der absoluten CDU-Mehrheit sei bisher nichts zu spüren: Die Koalitionspartner sieht er als eine Notgemeinschaft, von der in dieser Zeit kaum positive Impulse fürs Land ausgegangen sind. Stattdessen werde trotz Unterrichtsausfalls mit der Streichung von 7500 Lehrerstellen gedroht, und die „Leuchtturmpolitik“ solle nun doch fortgesetzt werden, obwohl sie an der düsteren wirt-

schaftlichen Lage in den Regionen nichts ändert. „Der erste Haushaltsentwurf der neuen Regierung“, so Porsch, „verheißt uns eine Politik auf Kosten der Bildung, der Kommunen und der Arbeitslosen.“

Die vom Ministerpräsidenten angekündigte kollegiale Zusammenarbeit mit dem Parlament lässt nach seiner Auffassung bisher zu wünschen übrig. So kamen die Informationen zum Haushalt verspätet, zur Landesbank-Affäre hüllt sich der Regierungschef bislang in Schweigen. In der Auseinandersetzung mit der NPD spiele Milbradt eine unrühmliche Rolle: Während sich die fünf demokratischen Landtagsfraktionen miteinander auf

ein gemeinsames Vorgehen verständigt haben, spalte Milbradt die Demokraten durch ständige Ausfälle gegen die PDS. „Wir werden uns davon nicht beirren lassen, weiterhin als konstruktive Opposition zu wirken, die auf der Grundlage ihres *Alternativen Landesentwicklungskonzeptes für den Freistaat Sachsen* Politikalternativen für ein soziales Sachsen mit wirtschaftlich selbsttragender Entwicklung in die Diskussion einbringt“ erklärte der Fraktionsvorsitzende. Die Stunde der Wahrheit für die Koalition schlage in der bevorstehenden Haushaltsdebatte. Man werde dann sehen, was die wohlklingenden Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag wert sind.

8. Mai soll in Sachsen Gedenktag werden

LN. In einem Brief an die Landes- und die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, FDP und Grünen haben sich die führenden Repräsentanten der sächsischen PDS, Prof. Dr. Peter Porsch und Dr. Cornelia Ernst, dafür ausgesprochen, den 8. Mai in Sachsen „als gesetzlichen Gedenktag, als Gedenktag an die Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa zu begehen“, wie es ihn bereits in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Porsch und Ernst laden in ihrem Brief zum Gespräch über den Vorschlag ein. Er könnte durch eine gemeinsame parlamentarische Initiative der demokratischen Parteien Realität werden. Sie würde sicher auch von den Verfolgten des Naziregimes begrüßt werden. Sie „nähme uns in die Pflicht, diesen Tag in einer Weise zu begehen, die unserer demokratischen Kultur angemessen ist und sie stärkt“.

Druck auf Milbradt wächst

LN. Das schon einige Zeit andauernde Rumoren in der sächsischen CDU nach der Niederlage bei der Landtagswahl, das sich besonders an der Doppelfunktion Milbradts als Ministerpräsident und Parteivorsitzender entlud, gewinnt an Fahrt. Nachdem einige Kreisvorstände verlangt hatten, Milbradt solle den Parteivorsitz abgeben, hat sich jetzt auch der Kreisverband Meißen mit Zwei-

drittelmehrheit für eine Trennung beider Funktionen ausgesprochen. Während die Landtagsfraktion an die SPD gebunden sei, brauche die Partei mehr Bewegungsfreiheit für die Auseinandersetzung, äußerte Ex-Minister Rößler und warf Milbradt schwere Fehler vor. Es wird erwartet, dass diese Fragen auf den drei Regionalkonferenzen der CDU in den nächsten Tagen eine Rolle spielen.

NPD mit West-Basis

LN. Wie schon mehrfach sichtbar geworden, haben die sächsische NPD und ihre Landtagsfraktion ihr geistiges Hinterland in westlichen Bundesländern. Das bestätigen jetzt Feststellungen des hessischen Verfassungsschutzes, wonach die Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia und andere Verbindungen intensive Kontakte zur NPD Sachsen pflegen. Auch der bereits im Landtag provokatorisch aufgetretene NPD-Politiker Gansel kommt aus der Dresdensia-Rugia.

Sparzwang

LN. Unter dem Druck einer katastrophalen Haushaltssituation und angesichts der angedrohten Entlassung von 450 Mitarbeitern der Chemnitzer Stadtverwaltung haben sich die Beschäftigten der Behörde bereit erklärt, auf einen Teil ihres Gehalts zu verzichten. Dennoch konnte die Stadt keinen ausgeglichenen Etat beschließen. Das Defizit beträgt 18,3 Millionen Euro. Kürzungen soll es in den nächsten Jahren vor allem im Kulturbereich und im Nahverkehr geben.

Rechtswidriges Lauschen

LN. Der Juristische Dienst der Landtagsverwaltung hat auf Antrag der PDS-Fraktion ein Rechtsgutachten erarbeitet, in dem die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 zum „Großen Lauschangriff“ auf sächsisches Landesrecht untersucht wurden.

Das Rechtsgutachten bestätigt die Auffassung der PDS, dass die Regelungen des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen und des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes, die die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden zur Durchführung des „Großen Lauschangriffs“ ermächtigen, materiell- und verfahrensrechtlich in weiten Teilen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Das Verfassungsgerichtsurteil steckt den Rahmen für den Schutz des Grundrechtes auf Unverletzlichkeit der Wohnung und den zu schützenden unantastbaren Bereich der privaten Lebensgestaltung ab. Mit Blick auf dieses Urteil bescheinigt das Rechtsgutachten den polizeigesetzlichen Regelungen über den Einsatz besonderer Mittel zur Erhebung von Daten in oder aus Wohnungen wie auch den Bestimmungen des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes zu den besonderen Befugnissen und zur Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel einen weitreichenden Nachbesserungsbedarf.

Damit entsprechen die landesrechtlichen Bestimmungen zum „Großen Lauschangriff“ nicht den grundgesetzlichen Anforderungen und sind daher verfassungswidrig. Solange die erforderlichen Nachbesserungen nicht vom Landtag beschlossen sind, ist eine Anwendung des Lauschangriffs auszuschließen. Die PDS kündigte bereits entsprechende parlamentarische Initiativen an.

8. Februar

Dresden. Nach der Festnahme von Flutberater Sehm trennt sich Oberbürgermeister Roßberg von ihm und löst den Vertrag mit dessen Firma. Gegen Sehm wird jetzt auch wegen Bestechlichkeit ermittelt. Auch gegen Roßberg laufen Ermittlungen.

Dresden / Großenhain. Zwei sächsische Tochterunternehmen des insolventen Walter-Baukonzerns, die Speditionsfirma Sachsen Schwertransport und Ausbau Großenhain, melden Zahlungsunfähigkeit an, wollen aber aus eigener Kraft den Betrieb fortführen.

Dresden. Der Chemnitzer Leitende Staatsanwalt Klaus Fleischmann wird mit Wirkung vom 1. März zum neuen sächsischen Polizeichef ernannt.

13. Februar

Dresden. 50000 Bürger gedenken am Abend vor der Semperoper der Zerstörung der Stadt durch britische und amerikanische Bomber vor 60 Jahren und protestieren gegen Aktivitäten der 5000 von der NPD unterstützten Rechtsradikalen

SACHSEN-CHRONIK

8. bis 21. Februar

aus ganz Deutschland, die am Nachmittag mit einem Marsch versucht hatten, das Gedenken zu missbrauchen.

15. Februar

Dresden. Der Gesprächskreis Freie Bildungsträger teilt mit, dass die Landesregierung im Haushalt 2005/2006 die Fördermittel für den Bildungsträger von 6,5 Millionen auf 4,5 Millionen Euro kürzen will. Er befürchtet, dass damit eine Reihe Kurse eingestellt werden müssen.

Leisnig. Als älteste Deutsche feiert Martha Dziewior ihren 108. Geburtstag.

16. Februar

Leipzig/Dresden. Während die Sächsische Landesbank wegen undurchsichtiger Immobiliengeschäfte ihrer Tochterfirma Mitteldeutsche Leasing AG in der Kritik steht und Staatsanwälte gegen

zwei leitende Manager ermitteln, teilt das Finanzministerium mit, dass die LB 2004 mit einem um 29 Prozent auf 45 Millionen Euro gestiegenen Jahresüberschuss das beste Ergebnis seit ihrer Gründung erreicht hat.

Heuersdorf. Ein Jahr vor dem geplanten Beginn der Abaggerung lässt der Energiebeauftragte des Ortes unmittelbar gegenüber der Beratungsstelle der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft eine 10000 Euro teure Solaranlage errichten.

17. Februar

Dresden. Die Stiftung für Innovation und Arbeit Sachsen steht vor dem Aus, weil die Landesregierung als Stifter kein Geld mehr zur Verfügung stellt und erhebliche Rückforderungen geltend macht. Die finanzielle Situation der seit 1997 tä-

tigen Stiftung lasse keine weitere Förderung zu, erklärte das Wirtschaftsministerium. Vermutet wird eine ähnlich undurchsichtige Situation wie vor Jahren bei dem Qualifizierungsunternehmen QMF.

Dresden. Ministerpräsident Milbradt sagt eine für Anfang März geplante Reise nach Japan wegen instabiler Mehrheitsverhältnisse im Landtag ab. Unter anderem steht die Abstimmung über die Erhöhung der Rundfunkgebühren auf der Tagesordnung.

Chemnitz. Europas größtes Hip-Hop- und Reggae-Festival *Splash!* ist gefährdet, weil die Veranstalter die vom stadteigenen Badbetreiber verdoppelte Miete für das Gelände nicht zahlen wollen.

18. Februar

Leipzig. Die 10. Leipziger Motorradmesse öffnet mit 244 internationalen Ausstellern und 35 Ständen mehr als 2004.

Dresden. Die Gehälter von Funktionären der Kassenärztlichen Vereinigungen der Länder werden bekannt. In Sachsen erhält der Vorsitzende 174000 Euro jährlich.

LN. Pfarrer Heinz Eggert, MdL, CDU, Staatsminister a.D., gab sich am 9. Februar die Ehre, eine Polit-Predigt zusammenzukochen. Ein Freund überließ sie uns. Ein paar Häppchen dieser Aschermittwochsuppe haben wir herausgelöffelt und für LN-Leser etwas nachgewürzt. Der Oybiner begann mit der Oberbürgermeisterwahl in Leipzig:

Es wäre etwas Neues unter der Sonne der Leipziger CDU, wenn sich alle tatkräftig in den Wahlkampf einmischen würden, um nicht nur ihrem Kandidaten den Rücken zu stärken, sondern auch das rote Cello-Unschuldslamm Tiefensee aus dem Amt zu verabschieden.

Hat man in Leipzig wirklich schon vergessen, welche Abzockerei, Kungelei, welche windigen Beraterverträge bei der Olympiabewerbung eine Rolle gespielt haben. Daran waren keine deutschen Schiedsrichter beteiligt. Tiefensee schafft es auch so.

Aber, aber, Herr Minister a.D. einer ziemlich angeschlagenen Amigoschaft. Gab es in Leipzig nicht zufälligerweise eine bienenfleißige Unterstützung durch den CDU-Kämmerer Peter Kaminski, übrigens ehemaliger CDU-OBM-Kandidat?

Passen Sie auf, dass Sie wegen Ihres offensichtlichen provozierenden Lachens keine Anzeige bekommen. Herr Eggert!!! Wie Sie doch Ihrem eigenen Polizei- und Überwachungsstaat misstrauen.

In Leipzig dürfen sogar Geschäftsmänner, dessen Pleite in allen großen Zeitungen angekündigt wird, Bau- und Betreiberzuschüsse bekommen, wobei 40 Millionen von der Sparkasse des Herrn Tiefensee stammen. Wie weit der Geschäftsmann in der Lage war, diese Summen zu empfangen, ist allerdings nicht ganz klar, weil ihm ja öfter mal der Staatsanwalt oder der Haftrichter einbehalten hat. Da wurde der rote Zahlenhaushalt des Herrn Tiefensee jahrelang von einem CDU-Feigenblatt als ausgeglichen vorgegeben.

Na, na, Herr Eggert, das ist jetzt aber unter der eigenen Gürtellinie. Biedenkopfs Paunsdorf-Mauschelei – um nur ein CDU-Beispiel zu nennen – total verdrängt? Zudem: Siehe oben. Kaminski!!! Wäre ja alles nicht so lustig, wenn Sie nicht selbst gefragt hätten: Reicht denn das Gedächtnis nur von vorgestern bis gestern?

„Aufmucken gegen rechts“ (www.aufmucken-gegen-rechts.de) ist eine Kampagne, die vom sozialistischen Jugendverband [solid] initiiert wurde und in deren Mittelpunkt eine Soli-Musik-CD mit namenhaften KünstlerInnen (z. B. Die Fantastischen Vier, Jan Delay, Konstantin Wecker oder Dritte Wahl), Informationsmaterialien, Diskussionsveranstaltungen und Konzerte stehen. Unterstützt wird die Kampagne von der Gewerkschaftsjugend des DGB, Ver.di, IG Metall, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Tageszeitung junge welt.

56 deutsche Naziorganisationen hatten im vergangenen Jahr angekündigt, 250 000 Nazi-CD „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ auf Schulhöfen zu verteilen, um Jugendliche für rechte Propaganda anzusprechen, um sie langfristig an die rechte Szene und an Naziorganisationen zu binden. Über das Medium Musik werden ideologische Versatzstücke der

Die PDS schickt Barbara Höll in den Kampf. Sie hat ihr philosophisches Werkzeug schon vor vielen Jahren in Rostow am Don erworben. Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen. Da gibt es nur ein Problem, die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Und den Sieg auch nicht. Aber vielleicht verfangen die Thesen der PDS von 1000 Euro Grundversorgung für jeden und Drogenfreigabe doch bei Einigen.

Wem – im medizinisch attestierten Verfol-

gungswahn – dann auch noch die Sachargumente ausgehen, der könnte es ja wirklich mal mit Humor, oder wenigstens mit Anerkennung des Gegners versuchen.

Inzwischen hat es sich herumgesprochen und auch der letzte CDU-Mann hat es begriffen. Wir haben die Landtagswahlen verlierend gewonnen. ... Die Welt stand anerkennend vor der sächsischen Leistung, der sächsische Wähler hat es teilweise ignoriert. ...

Wir witzelten in der DDR ehrlicher: Über Kuba lacht die Sonne, über uns die ganze Welt.

Aber die Finanzauseinandersetzungen zwischen Ost und West werden härter. ... Wussten Sie eigentlich, dass sich von 1989 bis 1992 die Zahl der Einkommensmillionäre West um 38 Prozent erhöht

hat? Raten Sie einmal, wo diese wohnen. Richtig, im ehemaligen Zonenrandgebiet und in West-Berlin.

Logisch. Einheitsgewinner.

Ach, Sie Neckischer. Zu viele Eigentore sind trotzdem langweilig. Weiter in Ihrem Text: Im Westen wurde produziert und im Osten konsumiert. Nachdem dann jeder Ostdeutsche seinen Baumarkt und sein Autohaus hatte, mussten wir mit aller Macht darauf drängen, dass die mit Steuergeldern geförderten Privatunternehmen nicht nur verlängerte Werkbänke des

Für einen Eggert aber scheinheiliger Populismus. Denn in einem Interview für „Faktuell“ antwortete er auf die Frage, ob man als „Ossi“ soziale Veränderungen anstoßen könne, ohne im Westen als suspekt zu gelten: „Man kann! Die vermeintlichen Gräben zwischen Ost und West gibt es nicht wirklich. Das ist künstlich aufgeblasen. Auf der Ebene der Entscheidungsträger zählt die Qualität der Argumente, nicht der Wohnort oder die Herkunft. Es gibt mehr Vernunft im Austausch zwischen Ost und West als manche

Am Aschermittwoch ist eben doch nicht alles vorbei

ahnen möchten.“

Wir haben die höchste Arbeitslosenquote in der Geschichte der Bundesrepublik und das viel beschworene Hartz IV wird nur Arbeitsplätze für die Verwaltung der Arbeitslosigkeit schaffen, keinen einzigen Arbeitsplatz darüber hinaus. In jedem anderen Land würde die Regierung gnadenlos abgewählt werden, wenn, ja wenn, eine vernünftige Opposition vorhanden ist. Das, liebe Freunde ist unser Problem. Man traut es uns nicht zu. Was hat überhaupt die Union geritten gemeinsam einen Kompromiss zur Gesundheitsreform und zu Hartz IV aushandeln? Die Union hat sich dankbar reiten lassen. Ist doch, falls sie dank der allgegenwärtigen Scheindemokratie wieder an die Macht kommt, die größte Drecksarbeit erst einmal gemacht.

„Bedenke Mensch, dass du aus Staub bist und wieder zu Staub wirst!“

... Vor allem aber Leute hört: klappt alles nicht so recht und bleibt Ihr bei Hartz IV hängen, verfallt nicht in Neid und nicht in Zorn. Es wären wieder zwei Todsünden. Der Neid aber zerfrisst nur das Herz und Zorn macht blind, „läßt unüberlegt und unbeherrscht handeln und führt ins Verderben“ – gar vielleicht zum Amoklauf, wie mich mein theologischer Kommentar wiederum lehrt.

Ein Arbeitslosengeld-II-Bezieher mit Depressionen des von Neid zerfressenen Herzens wegen im Warteraum des Psychiaters? – Da sei die Praxisgebühr davor – wovon will er sie bezahlen? Und Amoklauf, die Arbeitsagentur besetzen, demonstrieren, PDS-wählen? – Da ist doch ein Ein-Euro-Job wohl besser.

... Was früher der Ablass war, das ist heute der Ein-Euro-Job. Dabei kostet er nichts, sondern bringt noch Geld. Er bewahrt vor allen Todsünden und sichert das Himmelreich.

Ihr glaubt es nicht? Ich sage Euch: Demütig soll man diesen Job annehmen, denn ohne Demut droht die Todsünde der Hoffart – die letzte der Sieben, die uns noch fehlte. Sie wird in der einschlägigen Literatur beschrieben, als hochmütiges Auftreten, um seine eigenen Interessen durchzusetzen, und nur Demut kann uns davor retten. Geiz und Neid sind beim Ein-Euro-Job ebenfalls nicht nötig – bei solch sicherem Einkommen, manch Afrikaner wäre froh über ein solches Gehalt. Unmäßigkeit befördert der Euro pro Stunde freilich auch nicht. Den Zorn ersetzt die Freude an der sinnvollen Arbeit, die Trägheit nicht kennen darf und ständige Wollust dämpft. ...

• PETER PORSCH, FRAKTIONSCHIEF DER PDS IM SÄCHSISCHEN LANDTAG ZUM ASCHERMITTWOCH

Nazis den Ton abdrehen!

Nazis leicht verdaulich an junge Leute herangetragen, weiter geht es dann mit Kleidungscodes. Konzerte dienen als wichtige Treffpunkte und Agitationsfelder. Die Nazi-CD enthält neben Musiktiteln von szenebekannt Bands auch Kontaktadressen und politische Propaganda. Die Aktion Schulhof gilt als neue Qualität der Öffentlichkeitsarbeit und weist auch auf die erheblichen finanziellen Ressourcen der Naziorganisationen hin. Zwar wurde durch das Amtsgericht Halle die Verteilung der CD aufgrund "schwerer Jugendgefährdung" im August gestoppt. Dafür können Musikstücke und Flugblätter nun jedoch im Internet heruntergeladen werden. In Sachsen hat die NPD das Projekt im Landtagswahlkampf mit einer eigenen CD kopiert, die bei jungen Leuten reißenden Absatz fand.

Mit der antifaschistischen Musik-CD will die „Aufmucken-gegen-rechts“-Kampagne die Initiativen und Jugendgruppen stärken, die (teilweise seit Jahren) gegen die rechte Hegemonie vor allem im jugendkulturellen Bereich arbeiten. In Sachsen findet die Kampagne zur Unterstützung linker Jugendinitiativen schwerpunktmäßig in der Sächsischen Schweiz statt. Hier hat sich seit Jahren eine rechte Alltagskultur herausgebildet, die alle Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten prägt. Gerade in Pirna und Sebnitz verfügen die KampagnenpartnerInnen, der Verein „Alternatives Jugend- und Kulturzentrum Sächsische Schweiz e.V.“ (www.haus-pirna.de) und „jumawa“ (jugend macht was, www.jumawa.de) nicht einmal über eigene Räumlichkeiten. Auch PolitikerInnen und Medien vor Ort glänzen nicht gerade durch deren engagier-

te Unterstützung. Am 22. Januar 2005 wurde „Aufmucken gegen rechts“ im sächsischen Pirna mit einem Konzert eröffnet. Trotzdem sich vor dem Pirnaer Jugendzentrum "Hanno" um diesem Abend 20 Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz sammelten, blieb die Situation dank der besonnenen KonzertbesucherInnen friedlich. Inzwischen haben die Nazis eine Denunziationskampagne gestartet und behaupten, dass sie mit Steinen beworfen wurden. Parallel wird es auch Verteilaktionen und Events im Muldentalkreis, im Landkreis Döbeln sowie in Leipzig geben. In Leipzig finden im April 2005 Oberbürgermeisterwahlen statt, zu denen erstmals auch die NPD mit dem derzeitigen Geschäftsführer der Sächsischen NPD-Landtags-Fraktion, Peter Marx, ins Rennen gehen wird. Es gibt also genug Gelegenheiten, mit „Aufmucken gegen rechts“ Gegenwind gegen rechten Irrsinn zu machen.

• J. NAGEL

Auf dem Weg zur gläsernen Tür des Neubaus des Museums der bildenden Künste bewegt manchen Besucher gewiss auch das Ende des Sachsenplatzes – immerhin ein Musterbeispiel sozialistischer Städteplanung, eines räumlich differenzierten städtebaulichen Ensembles mit seiner eigenwilligen Leipzig-Information, den Wasserspielen, Brunnen- und Barockplastiken sowie der Keramiksäule zur Stadtgeschichte. Wo Neues geboren wird, darf man sich des Alten erinnern. Und nach wie vor darf nicht vergessen werden, es hätte bessere Standorte für den Neubau gegeben. Dennoch, der Plan des ausführenden Architekten Karl Hufnagel ging auf: „Hinter der gläsernen Hülle ist atmosphärisch alles auf eine reduzierte, steinerne Materialität ausgerichtet, die von der Betriebsamkeit der Stadt in die Ausstellungsräume des Museums überleitet und zwischen Mannigfaltigkeit und Eigenart der einzelnen Sammlungsbereiche vermittelt“.

Bewegend gerade dieser Tage im ersten Obergeschoss Otto Griebels „Selbstbildnis vor dem brennenden Dresden“ (1947). Hans Grundigs Gemälde „Opfer des Faschismus“ (1946) – jahrelang auch im Interim ausgestellt – mahnt und erschüttert zugleich. Ein Fünkchen Hoffnung im Zeitendunkel versprüht Conrad Felixmüller mit seinem „Rummelplatz in den Trümmern von Leipzig“ (1946).

Neugierige Blicke treffen in einem anderen Saal auf die übereinander gehängten Klinger-Werke „Morgen“ (1896) und „Abend“ (1896). Es sind Entwürfe zu einem nicht ausgeführten Wandgemälde im Treppenhaus des ehemaligen Museumsbaus am Augustusplatz, das in der Nacht vom

Leipziger Schule, DDR-Malerei insgesamt, im Keller untergebracht

Unverzeihlicher Tiefpunkt

3. auf den 4. Dezember 1943 durch Bomben im vom verbrecherischen Naziregime ausgelösten Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. In der zweiten Ebene bieten sich einmalige Ein- und Ausblicke. Diesen großzügigen Umgang mit der dritten Dimension kann man kritisieren, aber auch mutig finden. Ein Magnet ist hier sicher „Das Schiffswunder der hl. Walburga“ (1610/11) von Peter Paul Rubens. Bei den italienischen Altmeistern findet sich Werner Tübkes „Erinnerung an Sizilien“ (1974) wieder. Diese Hängung erlaubt nicht nur Kennern den Rückschluss über die Traditionslinien des Olympioniken der Leipziger Schule.

Von dieser Ausnahme abgesehen, ist die Präsentation der Matadore der Leipziger Schule, der DDR-Kunst insgesamt, unverzeihlich. Um im Bilde zu bleiben: Es ist geradezu ein Tiefpunkt museums-konzeptioneller Arbeit. Sie sind in den Keller (Rubrik: deutsch-deutsche Kunst nach 1949 bis 1989) abgeschoben worden. Dieser heißt natürlich nicht so, sondern vornehm: „-1“. Das alles ist gewiss kein Versehen, sondern deckt sich mit der geistigen Haltung der Nachwendemächtigen. Peinlich für die Stadt Leipzig, die als Heimat und Zentrum der gleichnamigen Malerschule in aller Welt bekannt ist.

• D. M.



Hans Grundig: Opfer des Faschismus. Öl, 1946

Reichlich zehn Wochen ist es her, dass am 4. Dezember 2004 das neue Bildermuseums eröffnet wurde – genau 61 Jahre nach seiner Zerstörung durch anglo-amerikanische Bombenangriffe.

Für mich als Baumenschen hat die ganze Eröffnungserzählung bis heute auch einen leicht bitteren Beigeschmack. In all den Reden kein Wort zu den Erbauern. Und ich frage mich oft mit Bertolt Brecht: *Wer baute das siebentorige Theben? / In den Büchern stehen die Namen von Königen. / Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?* ... Wie in den zurückliegenden Jahrhunderten haben offenbar auch in der gegenwärtigen Gesellschaft oft nur Bauherren und eventuell Architekten einen Namen.

Zeitweilig schien der Bau des Bildermuseums ja aus den Händen zu gleiten – bis der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau, Dr. Lütke-Daldrup, die Baustelle zur Chefsache machte und der Leiter des Hochbauamtes, Ludwig Schön, mit seiner kleinen Mannschaft für das Vorhaben freigestellt wurde. Historische Parallelen gibt es hier zum Stadt-

baurat Hugo Licht. Die Vorbereitung und der Neubau des Neuen Rathauses (1899-1905) erforderte die ganze Kraft des Stadtbaurates, so dass er dafür ab November 1896 freigestellt wurde. Die Großzügigkeit des Neuen Rathauses, die uns heute stolz auf dieses Bauwerk macht, sprengte seinerzeit ebenfalls den geplanten und eingestellten Finanzrahmen wie auch die Bauzeiten. Licht soll wutentbrannt im damaligen Stadtparlament den Stadtverordneten vorgeworfen haben „große Haufen scheißen zu wollen, aber nicht den Arsch dazu in der Hose zu haben“. Allerdings war Leipzig damals noch eine reiche, aufstrebende Stadt.

Dafür steht heute der Stadtrat wenigstens zu seinen Entscheidungen. Was nicht immer leicht war, denn manchmal machte die Haltung der Architekten Pütz und Hufnagel den

Eindruck, dass es ihnen mehr um ein Kunstwerk zur Selbstdarstellung anstatt um ein Werk für die Kunst ging - das selbstverständlich architektonisch anspruchsvoll sein darf. Vor allem aber müssen sich Ideen technisch und im Kostenrahmen umsetzen lassen.

So gelungen und einzigartig das Bildermuseum trotz alledem ist und so wunderbar sich Klingers Beethoven ins neue Haus einfügt, er gehört zuallererst der Musik. Der bisherige Platz der Skulptur nur etwa 20 Meter von seinem ursprünglichen Standort im alten Bildermuseum (das sich auf dem Areal des heutigen Gewandhauses befand), war für mich ideal. Denn so war das Beethovendenkmal im Gewandhaus zugleich Erinnerung an das historische Bildermuseum und ein kreativer und kostengünstiger Umgang mit Geschichte.

SIEGFRIED SCHLEGEL

Wer baute nun die neue Bildergalerie wirklich?

Sein 100. Geburtstag fiel auf das Jahr 1984. Damals stattete das Museum der bildenden Künste eine repräsentative Alfred-Frank-Ausstellung in den Museen am Dimitroffplatz aus – wie damals die LVZ schrieb.

Der 50. Todestag des Künstlers, der lange Zeit seinen Lebensmittelpunkt in Leipzig hatte, fiel auf das Jahr 1995. Was 1984 konsequent war, galt elf Jahre später für den Maler, Grafiker und Mitbegründer der Widerstandsgruppe Nationalkomitee Freies Deutschland, mit deren Mitgliedern er am 12. Januar 1945 hingerichtet wurde, nicht mehr. Da war die Installation westdeutscher Verantwortungsträger in Institutionen und Gremien zu wesentlichen Teilen abgeschlossen, die Wende vollzogen. An die

Einer fehlt im Museum

Ehrung eines Kommunisten und Malers wurde keine Gedanke mehr verschwendet. Im vergangenen Jahr ging die 120. Wiederkehr des Geburtstages von Alfred Frank in den Neubauwirren des Leipziger Bildermuseums sowieso unter, desgleichen der 60. Jahrestag seiner Ermordung in diesem Jahr. Ist das noch immer in demselben Maße bewusst und kalkuliert oder kennen die Bestimmer der Leipziger Kunst diesen Maler dank ihrer westdeutschen Biografie gar

nicht? Zumal es ja weiterhin keine hiesigen Berater gibt. So fehlt der Überblick oder die Zeit ist noch nicht wieder danach, diesen Schatz aus dem Fundus des Bildermuseums zu heben.

Übrigens der Oevrekatalog mit Druckgrafiken der Grafiken-Sammlung des Museums der bildenden Künste Leipzig, der anlässlich des 90. Geburtstages des Künstlers herausgegeben wurde, umfasste 380 Werke! Ergänzt durch seine Werke der Malerei und seine Zeichnungen gäbe das eine einzigartige Ausstellung mit vielen bekannten Leipziger Motiven und Darstellungen politischer Persönlichkeiten, die ihresgleichen sucht.

J. RAUCH

Bilderstürmerei oder Schlamperei?

So war ein Artikel in *Leipzigs Neue* vom 31. August 2001 überschrieben. Es ging um die Bewahrung vieler kleiner Kunstwerke in unserer Stadt und um solche, die bereits zerstört oder gestohlen wurden. Das Thema ist weiter hochaktuell. In mehreren Leserbriefen und am LVZ-Lesertelefon haben Leipziger Bürger z. B. empört darauf reagiert, wie mit den schönen „Metall-Pustebäumen“, die einst Bestandteil der Brunnen auf dem Sachsenplatz waren, von der Stadt umgegangen wird. Eine Stimme: „Mit einer Einlagerung hat der Umgang mit den Kunstwerken nichts zu tun.“ Sie seien nur lieblos auf einen Haufen geworfen worden und lägen inmitten von Schutt auf einem Platz des Grünflächenamtes ...

Zurück zum eingangs erwähnten LN-Artikel. Darin ging es auch um die Keramiksäule, die einst am Rande des Sachsenplatzes stand. Antwort auf eine damalige Anfrage an das Kulturamt: „... wurde abgerissen, da sie nicht mehr zu bergen war.“ Der letzte Satz in dem Artikel lautete: „Schon heute sollte sich das Kulturamt Gedanken über den neuen Standort für das Kupferrelief am Markt an der Rückseite des Eingangs zum Untergrundmessehaus machen, damit es nicht den Bauarbeiten für den City-Tunnel zum Opfer fällt.“

Sowohl das Kulturamt (Schreiben vom 27. 10. 2003) als auch das für die Koordinierung der Arbeiten am City-Tunnel verantwortliche Amt für Verkehrsplanung (Schreiben vom 14. 1. 2005) versichern, das Kupferrelief zu erhalten. Aus dem Schreiben des Amtes für Verkehrsplanung: „Sobald in diesem Jahr der Abbruch des Untergrundmessehauses beginnt, wird auch dieser Eingang mit dem Kupferrelief abgebaut und dabei sorgfältig dokumentiert und anschließend eingelagert. Mit der Inbetriebnahme des City-Tunnels voraussichtlich Ende 2009 wird dann auch wieder das historische Eingangsbauwerk in gleicher Gestalt mit all seinen Bestandteilen auf dem Marktplatz stehen.“ Bis 2009 ist es noch lange hin.

Viel mehr Leipziger sollten das Thema mit am Kochen halten. Wobei mir klar ist, daß viele Menschen ganz andere Sorgen haben.

MANFRED ERBE

Laden Sie ruhig einmal Ihren alten Lehrer in Ihre Küche ein!“ – „Fakten und Fiktionen“ des Hans Pfeiffer. Unter diesem Motto gedenken Leipziger Schriftsteller in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Militzke Verlag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. des Lebens und Schaffens von Prof. Hans Pfeiffer, der in diesen Tagen 80 Jahre alt geworden wäre.

Der Leipziger Militzke-Verlag präsentiert in diesem Zusammenhang eine frühe Erzählung von Hans Pfeiffer „Die Höhle von Babie Doly“. Damit wird 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Pfeiffers bemerkenswerter Erzähl-Erstling nun erstmals in einer bibliophilen, hochwertigen Ausgabe u. a. mit einem Faksimile eines Bloch-Briefs an Pfeiffer gewürdigt. Dem 1998 verstorbenen Autor, der wesentlich zum Erfolg und Ansehen des Militzke Verlags beigetragen hat, dankt Verleger Reiner Militzke anlässlich des 15. Verlagsgeburtstags im Jahr 2005 mit dieser Edition.

Hans Pfeiffer studierte in Leipzig Germanistik sowie Philosophie bei Ernst Bloch und war bis 1990 Rektor des Leipziger Literaturinstituts. Seine authentischen Kriminalgeschichten („Die Sprache der Toten“ u. a.) begeisterten ein Millionenpublikum. Die im Militzke Verlag erschienenen Tatsachenberichte brachten ihm sowohl Bestsellerehren als auch das Lob der Medien und der Fachpresse ein. Hans Pfeiffer schrieb einmal in seinem Buch: „Kochrezepte für Kriminalgerichte, oder wie man einen Kriminalroman schreibt“, der Kriminalschriftsteller Friedrich Schiller hätte den Krimi erst literarisch salonfähig gemacht. Ein Schurke namens Franz beschließt, seinen Vater umzubringen, aber so, dass es kein Amtsarzt merkt. Er zermürbt den Vater seelisch, verursacht ihm Gram, Furcht, Schrecken, treibt ihn zur Selbstanklage und Verzweiflung. Diese Methode verlangt vom Kriminalkoch feinere Seelenkenntnisse. Aber warum sollten Sie nicht von der Klassik lernen?“ Weiter schrieb Hans Pfeiffer: „Ein zeitgemäßes psycho-



Foto: Schinkel

In diesen Tagen wäre Prof. Hans Pfeiffer 80 geworden

Millionen lasen seine Kriminalgeschichten

logisches Zauberwort ist der Frust. Frustration heißt, von irgend etwas enttäuscht zu sein. Von irgend etwas sind wir ja alle enttäuscht. Und werden dann aggressiv. Das ist normal. Das ist gut. Schlecht ist, wenn man die Enttäuschung in sich hinein frisst... Also schauen Sie sich nach Frustrationen um. Frustriert ist der Assistent, wenn er nicht zum Oberassistenten befördert wurde. Frustriert der Neuerer, dessen Vorschlag im Papierkorb landete. Der Facharbeiter, der seit einem halben Jahr den Hof kehren muss. Die Ehefrau, der ihr Mann weniger beiwohnt, als sie es in den Flitterwochen erhofft hatte.“

Der feinsinnige und gerechte Kriminalgerichtskoch Hans Pfeiffer meinte weiter: „Jede Speise hat ihr Gefäß. Jede Tat hat

ihren entsprechender Tat-Ort.“ Pfeiffer wusste: „Es gibt kein Kochbuch auf der ganzen Welt, das alle Kochrezepte enthielte. Und kein Mentor wird seine Weisheit bis aufs letzte vor seinen Schülern ausbreiten. Das wäre äußerst töricht und höchst unpädagogisch. Er muss die Lehrlinge vielmehr in die Lage versetzen, das Gelernte selbstständig zu verarbeiten ... Wenn Sie also, lieber Leser und künftiger Kriminalkoch, mit dem gebotenen Ernst meine Rezepturen studiert haben, wird es Ihnen auch nicht schwer fallen, sie anzuwenden und schöpferisch weiterzuentwickeln.“

Ist Ihnen das gelungen, dann laden Sie ruhig einmal Ihren alten Lehrer in Ihre Küche ein. Ich werde dann Ihr Kriminalgericht aufmerksam verkosten. Ent-

spricht es meinen Erwartungen, werde ich Sie umgehend zum Diplom-Kriminalkoch ernennen!“

Leider können Sie und ich, der ich der einst Pfeiffers Student gewesen bin, nicht mehr seiner Einladung folgen. Es schmerzt, dass der redliche und immer nach Gerechtigkeit suchende Hans Pfeiffer nun schon sieben Jahre tot ist. In seinem Kriminalroman „Die eine Seite des Dreiecks“ schrieb mir mein Professor eine Widmung in das Buch und zitierte sich selbst. Er schrieb: „Sparen wir uns lyrische Schwelgereien!“

Mit der Ausstellung „Fakten und Fiktionen“ würdigt auch die Stadtbibliothek Leipzig das literarische Schaffen des über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Romanciers, Dramatikers, Sachbuchautors und Pädagogen Prof. Hans Pfeiffer. Präsentiert werden u. a. die Originalniederschriften von Erstentwürfen seiner Erzählung „Die Höhle von Babie Doly“. Die Exponate sind dem literarischen Nachlass von Hans Pfeiffer entnommen, der im Literaturarchiv der Stadtbibliothek aufbewahrt und erschlossen wird.

Am Dienstag, dem 22. Februar 2005, 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek Leipzig, im Ausstellungsfoyer, 1. Etage, Wilhelm-Leuschner-Platz 10/11 wird diese Ausstellung eröffnet. Der Eintritt ist frei.

Hans Pfeiffers Lebenswerk ist äußerst umfangreich. Ein Zeitungsbeitrag reicht selbstredend nicht, um diesem Autor gerecht zu werden. Hier nur einige der jüngst veröffentlichten Arbeiten:

„Die Höhle von Babie Doly“, 112 Seiten, mit Faksimile, Geb. mit SU, 12,00 Euro. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 1987, „Kochrezepte für Kriminalgerichte, oder wie man einen Kriminalroman schreibt“. 63 Seiten.

„Die eine Seite des Dreiecks“, DIE Reihe, Verlag das Neue Berlin“, 1980, sowie „Berühmte Kriminalfälle“, 4 Bände, Militzke; Leipzig 2003, 14 Euro pro Band. (Ein atemberaubender Streifzug durch Polizeiarchive und Obduktionssäle.)

• JÖRN FRIEDRICH SCHINKEL

Im Sinne von Albert Schweitzer

Prof. Dr. Dr. Siegwart-Horst Günther wurde am 24. Februar 80 Jahre

Prof. Günther, der unseren Lesern kein Unbekannter ist, erkannte als erster Wissenschaftler weltweit den Zusammenhang zwischen dem zweiten Golfkrieg im Irak auftretenden Krankheitssymptomen und dem Einsatz von Geschossen aus abgereicherter Uran (DU – depleted uranium) durch die US-Streitkräfte. Seitdem macht er auf zahlreichen Veranstaltungen und Fachtagungen sowie durch Publikationen die Öffentlichkeit auf die verheerenden Folgen des Einsatzes von DU-Munition aufmerksam und setzt sich mit großem Engagement für deren Verbot ein. Dabei lässt er sich weder von behördlichen Repressalien noch von Anschlägen auf sein Leben behindern.

Die ganz besondere Fürsorge Prof. Günthers gilt den Kindern im Irak, die von der Not am stärksten betroffen sind. Seit 1991 brachte er mehrere Hilfssendungen für die notleidende Bevölkerung in den Irak und half dabei auch als Arzt auf den Kinderstationen

von Krankenhäusern in Bagdad, Mosul und Basra mit. Von seinen Aufenthalten brachte er erschütternde Fotos geschädigter Kinder mit, die das ganze Ausmaß der humanitären Katastrophe erahnen lassen.

Wir wünschen Prof. Günther auch weiterhin die Kraft, im Sinne von Albert Schweitzer, mit dem er einige Zeit zusammen gearbeitet hat, für seine humanistischen Ideale zu streiten.

LEIPZIGS NEUE



Ehe es den Internationalen Frauentag gab

Kein herkömmlicher Wohltätigkeitsverein

Am 7. März, dem Vorabend des Internationalen Frauentags, erinnert die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. mit einer Gedenkveranstaltung in der Stadtbibliothek (Beginn 17 Uhr) an die Gründung des Frauenbildungsvereins in Leipzig vor 140 Jahren. Der Beschluss dazu wurde am 24. Februar 1865 bei einer Zusammenkunft von Frauen um Louise Otto-Peters in der Wohnung von Professor E. A. Roßmäßler und seiner Frau Emilie gefasst. Im Programm hielten sie u. a. fest: „Unter die sozialen Fragen, deren Lösung viele denkende Menschen unserer Zeit beschäftigen, gehört unstreitig die Frauensache, d. h. die Anerkennung der Frauenrechte, die gehörige Würdigung der Fraueninteressen ...“ Zweck des Vereins war einerseits einen Ort zu schaffen für „befähigte Damen, die sich über Culturfragen und ähnliche ernsthafte Dinge besprechen wollen, andererseits aber auch für die niederen Volksklassen des weiblichen Geschlechts, um sich da an bestimmten Wochenabenden durch Vorträge und Vorlesungen ... Belehrung zu holen.“ Neben jährlich 25 Abendunterhaltungen rief der FBV eine Sonntags- und Fortbildungsschule für konfirmierte Mädchen, ein Büro für Abschreiberinnen und Stellenvermittlung, eine Sonntagsschule für junge Mädchen und eine Bibliothek vor allem für unbemittelte Frauen sowie eine

Speiseanstalt für Frauen ins Leben und initiierte den ersten Volkskindergarten Leipzigs. Der Frauenbildungsverein gilt als Wiege der deutschen Frauenbewegung, ging doch von ihm die Einberufung der ersten gesamtdeutschen Frauenversammlung aus, die im Oktober 1865 mit der Gründung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins endete. Damit begann die organisierte Frauenbewegung Deutschlands. Louise Otto-Peters war Vorsitzende beider Vereine. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des FBV betonte sie in den „Neuen Bahnen“, dass die Abendunterhaltungen „tausenden von unbemittelten jungen wie alten weiblichen Personen gratis anregende Unterhaltung, Belehrung und Kunstgenuß verschafft“, dass sie „ein Schwesternband gewoben, ein Gefühl der Gleichheit zwischen Bemittelten und Unbemittelten, wie es sonst kaum in Frauenkreisen zu finden war ...“ Aber von dieser „segsreichen Einrichtung“ hieß es bald vorwurfsvoll „dergleichen sei überflüssig, sei Luxus für Arbeiterinnen ... und wenn wir da und dort um unentgeltliche Benutzung eines Saales baten, so wurden wir abgewiesen ... - Allerdings war unser Frauenbildungsverein in der Tat der erste, der kein Wohltätigkeitsverein im gewohnten Sinne jemals war noch sein wollte.“ Nicht mehr aktuell diese Erfahrungen und Erkenntnisse von vor 115 Jahren? • J. L.

Bezaubernd schwebende Sylphiden auf der Opernhausbühne

und echte Komödiantik im Kellertheater

Wenn sein letzter Ballettabend „Scholz-Notizen 1“ Fragment blieb, sagt das im Nachhinein mehr über den Menschen und Künstler Uwe Scholz aus, als kritische Stimmen damals wahr haben wollten. Ihm fehlte es nicht an künstlerischen und spezifisch tänzerischen Ideen, wohl aber schon im Sommer des vergangenen Jahres an Kraft. Doch diese Notizen beweisen, Welch hervorragende Solotänzer Uwe Scholz für Leipzig gewonnen und weiter profiliert hat, zu welchen imponierenden Leistungen er das Corps de ballet führte. Wie könnte sonst Adrienne Matheson die Inszenierung und Choreographie des Balletts „La Sylphide“ von Peter Schaufuss in der Bühnenbild- und Kostümgestaltung David Walkers so überzeugend mit dem Leipziger Ballett einstudieren? Schaufuss wählte für seine Choreographie die von August Bournonville 1836 für Kopenhagen geschaffene Version nach Adolphe Nourrits Libretto von 1832 mit neuer Musik des damals 20-jährigen dänischen Komponisten Herman von Lövenskjöld. Die Einbeziehung schottischer Nationaltänze durch Bournonville und Lövenskjöld schafft großartige Möglichkeiten kontrastierender Gruppentänze. Das wesentliche Geschehen dreht sich um den schottischen Bauern James, der am Morgen seines Hochzeitstages von der Fabelgestalt Sylphide träumt und sie in seiner Phantasie leibhaftig erlebt. Oksana Kulchytka bietet als Sylphide wahre Wunder an grazilen Tänzen auf Spitze. Mit ihr schweben weite-

re einzelne Sylphiden und die 16 Tänzerinnen umfassende Gruppe der Sylphiden auf der Bühne. Als genauso reizvoll erweist sich die Rolle des James. Giovanni Di Palma demonstriert sein Können wandlungsfähig und virtuos mit verschiedenartigen Bewegungsformen. Als James' Braut Effie und deren Bewunderer Gum zeichnen sich Alla Bykanova und Mohamed Youssry aus. In der Rolle der Hexe Madge, die das Geschehen mit einem vergifteten Tuch zur Katastrophe treibt, agiert Christoph Böhm urwüchsig. Marina Otto, einstige bewunderte Solotänzerin, gibt James' Mutter Profil. Zu Recht viel Beifall lösen auch die Gruppentänze des ersten Aktes aus. Der Abend fand insgesamt einhellige Zustimmung. Einzig die Gestaltung der an französischen Vorbildern, aber auch partiell an Weber orientierten Musik lässt sich weit geschmeidiger und eindringlicher denken. Während schon am Vorabend der Premiere die andere Formation des Gewandhausorchesters gegenüber unter Leitung von Herbert Blomstedt Béla Bartóks zweites Violinkonzert mit Frank Peter Zimmermann als betörend klangschön musizierenden Solisten und Beethovens „Eroica“ faszinierend darbot, entstand im Opernhaus nicht unbedingt der Eindruck, dass da auch Gewandhausmusiker im Orchestergraben saßen, obwohl Golo Berg am Pult mit großem Einsatz wirkte.

Ungetrübtes Vergnügen bescherten Gundula Nowack als phantasievolle Regisseurin, Hans-Georg Kluge

als glänzender Pianist an Stelle des Orchesters und des Chores und sechs Solisten des Opernensembles im Kellertheater mit Francois Adien Boieldieu „Johann von Paris“. Mit so feiner Ironie geboten, erhält die einst beliebte, ob ihrer Harmlosigkeit aber aus dem Repertoire verschwundene Verkleidungskomödie mit ihrer anmutigen Musik neue Reize. Die Ausführenden nehmen die Gestalten und das Geschehen nicht billig auf die Schippe, sondern finden genau den Ton und die Aktionen für echte Komödiantik: Martin Petzold als burschikoser, inkognito auftretender französischer Kronprinz, Ji-Jeong Yeong als ihm zugeordnete, sein Spiel sogleich erkennende pffiffige Prinzessin von Navarra, Jürgen Kurth als sich gespreizt aufführender Oberhofmarschall, Ainhoa Garmendia als wendiger Diener, Thomas Oertel-Gormanns als gerissener Gastwirt und Anne-Marie Seager als dessen liebeshungrige Tochter Lorezza. Hier wird zum Erlebnis, mit wie wenig Mitteln lebendiges Musiktheater möglich ist. Daran haben auch alle unsichtbaren Mitbeteiligten, Michael Münster für Bühnenraum und Beleuchtung, Thilmann Schneiderheine als Bühnenmeister, Katrin Vespermann für die Requisite, Eva Mißlitz für die Bereitstellung der Kostüme aus den Werkstätten der Oper und Andrea Seidel als Kostümassistentin ihren Anteil. Leider ist nur noch eine einzige Aufführung am 7. Juli vorgesehen.

• WERNER WOLF

Am 9. Februar 2005 jährte sich zum 100. Male der Geburtstag der deutschen Tänzerin und Bildhauerin Oda Schottmüller, die am 5. August 1943 als Mitglied der Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“ in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde. „Todesfurcht oder so ähnlich habe ich gar nicht, nur ein bißchen Mitleid mit meiner Neugier. Ich hätte doch so gerne gewußt, wie das alles weitergeht ... Mich reut nichts, was ich getan habe. Ich machte es gerade so noch einmal, wenn ich zu wählen hätte.“ Das sind Worte aus dem letzten Brief, den Oda Schottmüller am 1. Februar 1943 an eine Freundin schrieb. Aus einer bürgerlich-humanistischen Familie stammend, besuchte sie die legendäre Odenwaldschule von Paul Geheeb, der Industriellenkinder ebenso in seine Schule aufnahm wie die von mittellosen Bohémiens, Klaus Mann und Kinder des französischen Kommunisten Marcel Cachin waren ihre Schulgefährten. Später erhielt sie eine kunstgewerbliche Ausbildung, in Berlin die tänzerische bei Milly Steeger. Zu ihrem Freundes- und Bekanntenkreis gehörten der Bildhauer Kurt Schumacher und Greta Kuckhoff, Harro und Libertas Schulze-Boysen, Hans und Hilde Coppi, das Ehepaar Harnack und Erika Gräfin von Brockdorff. Mit dem Komponisten Kurt Schwaen arbeitet sie einige Zeit künstlerisch zusammen. Durch die Beschäftigung mit der gesellschaftlichen Umwelt bleibt sie keine nur für sich selbst lebende Tänzerin und Bildhauerin. Sie erkennt, dass Kunst mehr bedeutet und wird eine engagierte Künstlerin, die

sich entschließt, mit allen ihren Kräften für den Humanismus zu kämpfen. Vor allem die Freundschaft mit Oberleutnant Harro Schulze-Boysen vom Reichsluftfahrtministerium, der aktiv Kundschaffertätigkeit für die Sowjetunion leistete, überzeugte auch sie, den Schritt zur aktiven Widerstandsarbeit zu gehen. Aus ihrem Berliner Atelier wurden Funksprüche nach Moskau gesendet. Auch ihre Tourneen im Rahmen der Truppenbetreuung der Deutschen Wehrmacht gaben ihr Möglichkeiten zum Nachrichtenaustausch. Kurz vor ihrer Verhaftung – sie gastierte im Leipziger Raum – stellte sie als Kurier den Kontakt des Berliner Widerstandes zur Leipziger Schumann-Gruppe her. Ihre ausdrucksstarken Tanzchoreographien, vor allem ihre Maskentänze, brachten ihr schnell Anerkennung, so dass sie im offiziellen Berlin der NS-Zeit mit Matineen und mit der Teilnahme am Kulturprogramm der Olympischen Spiele 1936 beruflich voll engagiert war. Wenige Briefe, Fotos, Berichte von Überlebenden und Plastiken sind erhalten geblieben und lassen eine große Persönlichkeit erkennen, die ihren antifaschistischen Einsatz mit dem Leben bezahlen musste. 1969 wurde sie durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR postum mit dem „Orden des Roten Sterns“ geehrt. Einige Zeugnisse erinnern an sie in der Gedenkstätte des Deutschen Widerstandes in der Berliner Stauffenbergstraße; das Deutsche Tanzarchiv Köln erwägt, im Jahr 2005 eine Ausstellung über sie zu gestalten.

• H. M.

Von MICHAEL ZOCK

Der Videotext des mdr-Fernsehens versprach bei diesem dreiteiligen Fernsehkurs in DDR-Jahrzehnte zunächst die heute meist übliche Denke. „Kindergartenkinder trällerten Arbeiterlieder. Kollektive tanzten im sozialistischen Geist den Aufbauwalzer.“ Da habe ich doch gleich mein altes Liederbuch hervorgekratzt. Tatsächlich entdeckte ich auf Seite 164 (also ziemlich weit hinten) das „Lied vom Plan“. Nur: Wir haben es im Kindergarten nie gesungen. Da schon eher von Seite 35 (also ziemlich weit vorn) „Dornröschen war ein schönes Kind“. Kann ich heute noch, auch den Evergreen „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht“. Tatsächlich ein echtes Arbeitslied. Beim Stichwort

FF Dabei DER FILM - UND FERNSEH - LINK

Hier irrte Nina Hagen „Blauhemd, Bluejeans, Beatmusik“ im mdr-Fernsehen

Kollektiv erinnere ich an das berühmte Diptychon Sighard Gilles „Brigadefeiher der Gerüstbauer“. Unübersehbar: Aufbauen schon, aber feiern wohl kaum im Dreivierteltakt. Ja, ja, die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir uns nicht vertreiben lassen. Fairerweise muss ich nach den drei Abenden mit „Blauhemd, Bluejeans, Beatmusik“ den beiden Autoren Kathrin Aehnlich und Andre Meier bescheinigen: Es war keine sinnlos versessene

Zeit auf dem Fernsehsofa. Mein Gott Achim! Vier Jahrzehnte ist das schon her! Ich hottete (so hieß das damals) auf dem Tanzboden, weil du und die DIANA-Show auf der Bühne im Markkleeberger Lindensaal die Massen elektrisiertest. Achim Mentzel mögen die Massen noch immer. Mein volkstümlicher Barde, wie haste Dir verändert! Gisela Steinecker, Hartmut König, Achim Mentzel, Klaus Jentsch(Renft), Toni Krahl, Bernd Römer, Nina Hagen,

Uschi Brüning und wie sie alle heißen, die damals etwas zu sagen und zu singen hatten. Alle und noch viel mehr kamen in dem umfanglichen Dreiteiler zu Wort. Ihr differenziertes Nachdenken angeregt durch das kluge Nachfragen der beiden Dokumentaristen war wohlthuend und weit ab von jedweder Ostalgie-Blödelei. An den drei Abenden ging es um Kultur, Karriere, Knete, Kult und Knast. Man lese nach in Erich Loests Roman „Es geht seinen Gang“ oder bei Lothar Bisky „The Show must Go on“ in der damaligen Reihe *nl-konkret*. Oder schaue sich, wer alles verpasst hat, die garantierten Wiederholungen an. Unausgesprochen zwischen den alten und neuen Fernsehbildern auch diese Deutung: Nie wieder wurden Musiker und Texter von Politikern so ernst genommen wie damals. Mit all den inzwischen aufgedeckten Vor- und Nachteilen. Hinzu kam außerdem eine einmalige Publikums-

wirkung, die offenbar bis heute anhält. Identität mittels Musik und Text. „Reit“ als Welle meinen Leib“ der Puhdys war (ist?) doch viel erotischer als „She loves You“ der Beatles. Jeder möge da seine eigenen wunderbaren Beispiele finden. Punklady Nina Hagen zog es seinerzeit vor, die geplante Traumrolle im Musical „Cabaret“ in der Kleinpäriser Musikalischen Komödie zu opfern und lieber andere europäische Metropolen zu verunsichern. Der Erfolg gab ihr letztlich recht. Hier eine kleine Korrektur, damit nicht neue Legenden entstehen. Behauptet Nina Hagen doch im ersten Teil der Dokumentation, dass sie in der DDR die Amiga-Single „I Want To Hold Your Hand“ von den Beatles gekauft hätte. Diesen Hit gab es 1965 in der DDR nur auf einer Langspielplatte. Aber verehrte Nina Hagen: „Ich bin da gar nicht pingelig!“, um einen Titel i h r e r letzten AMIGA-Single zu benennen.

Mit diesem Buch ist Klaus Huhn zweierlei gelungen: Der Lebensweg und die Leistungen Dean Reeds werden denjenigen in Erinnerung gerufen, die ihn noch kennen, und den jungen Lesern wird das Lebensbild des „Amerikaners in der DDR“ erschlossen. Und ein weiteres Mal entlarvt Klaus Huhn das makabre Spiel sensationsgeiler Journalisten, die mit Leichenflederei saftige Honorare schinden. Dean Reed hat am 12. Juni 1986 Selbstmord verübt. Daran war und ist jeder Zweifel ausgeschlossen. Sein Abschiedsbrief, den er nicht an seine Frau Renate Blume richtete, sondern an seinen Freund Eberhard Fensch, wurde zu DDR-Zeiten verschlossen, und über die Tragik, die sich hinter dem Selbstmord verbarg, wurde nicht spekuliert. Die Würde des Toten und seiner Frau wurden nicht verletzt. Erst nach 1990 erhielt der Brief, dessen Verwahrungsort immer noch unklar ist,

Ein Amerikaner in der DDR

Marktwert, nicht zuletzt, weil in der inszenierten Anti-Stasi-Hysterie auch der Verdacht gestreut wurde, Reed sei Opfer der Staatssicherheit geworden. Huhn zeichnet im Teil I seines Buches ein Bild von den verachtenswerten Methoden der Denunziation, Verleumdung und Lüge „unabhängiger“ Journalisten.

Im Teil II wendet er sich wichtigen Stationen des abenteuerlichen und beeindruckenden Lebens Dean Reeds zu, einem ungewöhnlichen Marathonläufer, dem Weg nach Hollywood, sein Wirken für die Unidad Popular in Chile, Episoden in der Arbeit für die Weltfriedensbewegung, seinen Triumph als Sänger und Schauspieler in der DDR. Wer diese Seiten gelesen hat, wird Huhns Fazit zustimmen: „Reeds Weg von Denver nach Berlin

ergab zwar samt aller Zwischenstationen viele Erdumrundungen, doch helfen weder Kilometer noch Meilen, Wertmaßstäbe zu bestimmen. Die einen streiten bis heute, ob er ein guter Sänger war, andere erteilen ihm Filmschauspieler-Zensuren und wieder andere redeten ihm menschliche Mängel nach. In Frage gestellt wurde nur nicht, dass er ein makelloser Reiter war und den Ruf eines guten Cowboy-Darstellers zu Recht verdiente. Aber: Dean Reed hat es nicht verdient, in solchen Disputen verschlissen zu werden. Wer beginnt, das zu bedenken, stieße schnell darauf, dass die Hollywoodfanfaren in jenen Tagen verstummten, als er sich gegen US-amerikanische Atomwaffenversuche in den Sattel schwang, gegen von Washington ausgehaltene Militärdiktatoren

protestierte, für Allende in den Wahlkampf zog, in Sibirien sang, in einem exzellenten, von ihm produzierten Film den in Chile viehisch ermordeten Sänger Victor Jara spielte, vor einem US-amerikanischen Gericht Farmern mit einem brillanten Plädoyer zu ihrem Recht verhalf und Pinochet überlistend vor chilenischen Bergarbeitern „Venceremos“ sang. So bleibt nur festzustellen: Er war eine Persönlichkeit, die nicht in Vergessenheit geraten darf. Er war einer von uns – mit USA-Pass ... Respekt auch vor der Arbeit Klaus Huhns.

• HORST SCHNEIDER

Klaus Huhn: Die misslungene „Exhumierung“ des Dean Reed. Spotless Verlag, Berlin 2004. 94 Seiten, 5,10 Euro

Kurzweiliger Erzähler Leipziger Geschichte

Adolf Lippold (1845–1895), einer der ganz großen Leipziger Chronisten, war natürlich ein „Zuge-reister“ – aus Ensthal, dem heutigen Hohenstein-Ernstthal. Aber wie das bei Zugezogenen oft ist, er war verliebt in sein Leipzig und schrieb darum auch die „Erinnerungen eines alten Leipzigers“. Er erlebte den großen Umbruch Leipzigs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hin zur Großstadt, zur Industriestadt, zur Weltmetropole und – was ihm besonders missfiel, den Wandel der Waren- zur Mustermesse. Lippold, eigentlich ein Kaufmann und Vorsitzender der „Leipziger Meßkleinhändler“, betrachtete in Presseartikeln und anderen Veröffentlichungen nostalgisch das alte, schöne Leipzig, die Romantik und Idylle der Stadt an der Pleiße, denen er nachtrauerte. Und so erhielt er uns Erinnerungen an die Nachtwächter und Trödeljuden, die Harfenmädchen in Auerbachs Keller, die Kommunalgarde, die Säufenträger-Compagnie, die Leipziger Originale und Sonderlinge, Leipziger Sitten und Gebräuche und die Leipziger Kneipen und Gastwirtschaften. Der Lehmsstedt Verlag hat diesen Leipzig-Chronisten, der wohl selbst ein Leipziger Original war, wiederentdeckt und viele seiner Erinnerungen erstmals in einem liebevoll gestalteten Buch zusammengefaßt. Und hier stimmt alles: Der Text, die von Mark Lehmsstedt ausgewählten herrlichen Zeichnungen bis hin zum Einband. „Rund“ für den heutigen Leser aber wird das Buch erst so richtig durch das ausgezeichnete Vorwort von Katrin Sohl, das man unbedingt lesen sollte, und durch den umfangreichen Anhang von Klaus Sohl. Die Fußnoten (hier „Erläuterungen“ genannt) und das Ortsregister entlocken dem Leser wohl eben so viele „Aha!“ wie der Text von Lippold. Der Lehmsstedt Verlag ist bekannt für die Qualität seiner Bücher über Leipzig, die gute Recherche, die Lesbarkeit und Anschaulichkeit, die Gestaltung. Hier aber ist ihm etwas Besonderes gelungen.

• DIETER KÜRSCHNER

Lippold, Adolf: Von Nachtwächtern, Trödeljuden und Harfenmädchen. Erinnerungen eines alten Leipzigers. Herausgeg. von Katrin Sohl. Lehmsstedt Verlag, Leipzig 2004. 368 Seiten., 19,90 Euro

In Deutschland gehörten 1933 mehr als 500 000 Personen einer jüdischen Gemeinde an. Bis Oktober 1941 waren rund zwei Drittel von ihnen unter dem Druck des allseitig betriebenen brutalen Antisemitismus emigriert. Wer irgendwie konnte, hatte das Nazi-Reich verlassen. Zurück geblieben waren vor allem die Armen, die Kranken und die Alten. Da die Mobilisierung der Juden per Auswanderungsdruck dem NS-Regime nicht mehr genügte, erhielten die noch im Reich lebenden Juden ab Oktober 1941 den Deportationsbefehl. Es war eine Deportation in den Tod. Die Transportzüge rollten in Vernichtungslager, in denen die deportierten Juden erschossen oder

Deportation in den Tod

vergast wurden, an Krankheiten starben, verhungerten oder erfroren.

Am 20. Januar 1942 beschloss die Wannsee-Konferenz die plammäßige Ermordung von über 11 Millionen europäischer Jüdinnen und Juden. Zu Beginn des Jahres 1943 lebten in Deutschland, wie Wolf Gruner in seinem Einführungs- und Überblicksartikel vermerkt, nur noch 51 327 Jüdinnen und Juden, unter ihnen etwa 20 000 Zwangsarbeiter. Am 27. Februar 1943 wurde befohlen, auch sie zu deportieren. Die Mehrheit von ihnen wurde sofort nach

ihrer Ankunft in Auschwitz ermordet. Bei Kriegsende gab es in Deutschland nur noch 15 000 Menschen jüdischen Glaubens. Diesem mörderischen Geschehen, das ein staatlich organisiertes Verbrechen war und in der Kontinuität der Jahre zuvor begonnenen Entwicklung steht, gehen acht Autorinnen und Autoren nach, Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen bestätigen, vertiefen und ergänzen bisherige Forschungsergebnisse. Zugleich werden weitere notwendige Forschungsaufgaben und methodologische Fragestellungen benannt.

24 beigefügte Rezensionen zu aktuellen Büchern vermitteln einen ergänzenden Einblick in den Erkenntnisstand zu der Verfolgung und Ermordung der Juden und in die vom deutschen Faschismus angestrebte „Endlösung der Judenfrage“.

• KURT SCHNEIDER

Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen. 1938–1945. Wallstein Verlag, Göttingen 2004. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Band 20. 271 Seiten, 20 Euro

Eine wilde Mär aus barbarischer Zeit

Es ist ein außergewöhnliches Buch, voll von Phantastischem und Irrationalem und doch hinter dem äußeren Geschehen zutiefst realistisch und humanistisch.

Im Februar des Jahres 1813 gebären in einem Königsberger Freudenhaus zwei Prostituierte zur gleichen Stunde einen Jungen und ein Mädchen. Der Junge, Hercule, ist ein körperliches Wrack, ohne Arme, gehörlos, stumm, aber mit mystischen mentalen Fähigkeiten ausgestattet, die die Menschen noch mehr erschrecken als sein Äußeres, die er aber bald zu verbergen und zu gebrauchen weiß, ebenso wie Mund und Füße die fehlenden Hände ersetzen. Beide Kinder wachsen in großer Eintracht auf, bis im zehnten Lebensjahr ein grausames Geschick sie trennt. Den Jungen führt es durch halb Europa – in qualvolle Abgründe von physischem Leiden und Demütigung, in Stätten des Aufatmens wie in gefährvolle Abenteuer und hinter die Kulissen



perfidier geistiger Machtausübung und zugleich brutal-verbrecherischen Agierens.

Die vielen Jahre lang begleitet ihn eine tiefe Sehnsucht zu seiner Kindheitsfreundin. Als sie

endlich wieder einander begegnen und sich in tiefer Liebe zueinander finden, sie eine gemeinsame Zukunft planen, wird Henriette Opfer eines akribisch geplanten Verbrechens. Die Vergangenheit hat ihn eingeholt ... Das Geschehen nimmt eine schroffe Wendung. Bald ereignen sich eine Reihe Todesfälle auf merkwürdigste Weise und unter seltsamsten Umständen. Aber auf dem Höhepunkt kommen die Ereignisse zum Stillstand und die Handlung vollzieht erneut einen unerwarteten Richtungswechsel.

Der Autor gibt keine umfassende Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Gewalt und Gegengewalt, von Erniedrigung und Aufbegehren, von Niedertracht und Liebe – nach dem Weg zu einem menschenwürdigem Leben. Aber er bezieht mit der An-

prangerung von Machtstreben, Dunkelmännertum, Gewalttätigkeit und menschlicher Stumpfheit und indem er in bedrückender Weise die Finger auf die Wunden menschlicher Existenz legt, eine kämpferische Position. Dass Hercule in der Mitte seines Lebens zu einem schöpferischen und friedvollen Dasein findet, ist die humanistische Vision des Autors, der ungeachtet der Wahl des 19. Jahrhunderts als Handlungszeit gewiss die Gegenwart vor Augen hatte.

Warum er seiner Geschichte eine okkulte Hülle gibt, ist nachdenkenswert. Vielleicht ist sie aber nicht mehr als ein dramatisches Element, zielführend auf das Interesse am Geheimnisvollen. Eine vielgeübte literarische Praxis.

• GÜNTER LIPPOLD

Carl-Johan Vallgren: Geschichte einer ungeheuerlichen Liebe. Roman aus dem Schwedischen. Insel Verlag Frankfurt a. M. / Leipzig 2004. 377 Seiten, 19,80 Euro

KALENDERBLATT

Johannes Kleinspehn

1880–1945

Johannes Kleinspehn, am 24. April 1880 in Frankenthal/Rheinpfalz geboren und von Beruf Metallarbeiter, wurde 1905 Mitglied der SPD und 1910 Mitglied der Redaktion der „Nordhäuser Volkszeitung“, in der er bis 1933 tätig war. Nach der Gründung der USPD 1917 schloss er sich dieser an und wurde als deren Abgeordneter 1919 in die verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt. Wieder Mitglied der SPD geworden, war er ab 1921 Abgeordneter des Preußischen Landtags.

In den Jahren der faschistischen Diktatur war Kleinspehn in der sozialdemokratischen Widerstandsbewegung tätig und schloss sich 1936 ihrer Berliner Volksfrontgruppe an. Diese Gruppe trat zielstrebig für die Bildung der antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiterbewegung und der Volksfront aller Hitlergegner ein. Sie gab mehrere Schriften heraus, an deren Erarbeitung Johannes Kleinspehn wesentlich beteiligt war. Ihr bedeutendstes Dokument war das „Zehn Punkte“-Programm vom 21. Dezember 1936, das zur Stellungnahme dem Prager sozialdemokratischen Emigrationsvorstand und dem ZK der KPD übergeben wurde. Es rief zu „Sturz und Vernichtung der Hitlerdiktatur“ auf und forderte die Wiederherstellung bürgerlich-demokratischer Freiheiten, die „volle Selbstregierung und Selbstverwaltung des deutschen Volkes in einem erneuerten Reich der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie“. Dem sollte die „Verstaatlichung der Banken, der Schwerindustrie und Energiewirtschaft“ und „die Einziehung des Großgrundbesitzes und die Schaffung eines „freien landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens“ dienen. Das von der Gruppe seit 1938 herausgegebene illegale Organ „Freiheit“ propagierte diese Zielsetzungen und wirkte für eine einheitliche Aktion aller Hitlergegner.

Im September 1939 gelang es der Gestapo, drei Mitglieder der sozialdemokratischen Widerstandsguppe zu verhaften: Johannes Kleinspehn, Oskar Debus und Franz Petrich, die ein Jahr später zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Keiner von ihnen überlebte. Debus starb im Dezember 1942 im Zuchthaus Brandenburg, Petrich wurde am 29. April 1945 im Zuchthaus Sonnenburg erschossen. Johannes Kleinspehn erlag im KZ Sachsenhausen im Februar 1945 den sadistischen Misshandlungen. Der genaue Todestag ist nicht bekannt.

• KURT SCHNEIDER

Arthur Hoffmann und Genossen vor Gericht

Der Leipziger Waffenprozess

Über einen der spektakulärsten Prozesse der Weimarer Republik vor dem Leipziger Reichsgericht ist heute so gut wie nichts bekannt. Natürlich erinnern sich die wenigen noch lebenden Zeitgenossen an ihn, und die Historiker haben zumindest mal etwas davon gehört. Obwohl hier eine große Anzahl von Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes aus Leipzig, allen voran deren Vorsitzender Arthur Hoffmann, zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, hatte die Geschichtsschreibung der DDR kein Interesse an einer Popularisierung. Selbst in den veröffentlichten Biografien von Arthur Hoffmann wird behauptet, dass er in diesem Prozess verurteilt wurde, weil er Gauleiter des zeitweilig verbotenen RFB gewesen sei. Nur in einigen wenigen Veröffentlichungen, so auch wiederholt in Leipzigs Neue, wurde der „Waffenprozess“ erwähnt. Was war denn nun tatsächlich geschehen, was führte zum Prozess und was wurde lange unter den Teppich gekehrt?

Am 22. Februar 1930 kam es in der Kaserne des Infanterieregiments 11 an der Heerstraße (Olbrichtstraße) zu einem außergewöhnlichen Vorkommnis. Im Regiment gab es ein illegales Waffenlager, das schon jahrelang vor den Kommissionen der Entente verborgen worden war.

Das war bei der Reichswehr nichts Besonderes, solche Lager gab es verbotenermaßen in vielen Kasernen, mal in abseitsstehenden Baracken (wie in diesem Falle), mal in verborgenen Bunkern (wie in der ehemaligen Trainkaserne – nach 1945 Werk „Motor“ der Sowjetarmee). Die Waffen des IR 11 wurden von einem zivilen Angestellten gewartet und verwaltet. Da er dringend Geld brauchte (er liebte wohl den Alkohol) verkaufte er 214 Gewehre, ein schweres und 36 leichte Maschinengewehre sowie Munition an Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes unter der Leitung von Arthur Hoffmann. In dieser Zeit des Demokratieabbaus, der Auseinandersetzungen zwischen den paramilitärischen Formationen von NSDAP, KPD und SPD, des rigorosen Vorgehens der Staatsorgane gegen die Linken, hatte man schon immer versucht, an Waffen heranzukommen. Man hatte die Lehren aus der Novemberrevolution gezogen und wollte nicht unbewaffnet in Auseinandersetzungen gehen, da ja auch allgemein bekannt war, dass die Nazis mit ihrer SA sehr wohl im Besitz von Waffen waren.

Die „gekauften“ Waffen und Munition fuhr man mit einem Pferdewagen ab und vergrub sie in Gartengrundstücken, auf viele Gärten verteilt als „stille

Reserve“ für den Ernstfall. Nachdem dieser Vorgang aufgedeckt und die Waffen nach einer großangelegten Suchaktion sichergestellt worden waren, kam es zu einer Verhaftungswelle. Vom 16. Februar bis zum 13. März 1931 wurde dann vor dem 4. Senat des Reichsgerichts der Prozess gegen den Verwalter und 30 Mitglieder des RFB, zu-



Arthur Hoffmann

meist Kommunisten, durchgeführt. Der Prozess war sehr delikat, denn zum einen deckte er den illegalen Waffenbesitz der Reichswehr auf und zum anderen wollte man dem RFB einen Schlag versetzen. Wegen seiner Brisanz wurde er größtenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Die Anklage lautete auf hochver-

räterisches Unternehmen in Tateinheit mit schwerem Diebstahl, Vergehen gegen das Schusswaffengesetz und Vergehen gegen das Kriegsgerätegesetz. Die Prozessakten konnten in Leipziger Archiven nicht gefunden werden. Im Staatsarchiv Leipzig befinden sich nur die Urteile gegen Ernst Döring, Arthur Gerlach und Paul Güttler (STAL, PP-S, Nr. 454 456). Am 13. März 1931 wurden gegen die Angeklagten insgesamt 61 Jahre Haft, bei Einzelstrafen bis 5 Jahre Zuchthaus (so gegen Arthur Hoffmann) ausgesprochen. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Verhafteten kamen schon kurz vor Weihnachten 1932 durch eine allgemeine Amnestie wieder frei, doch Arthur Hoffmann, der seit 1929 dem Leipziger Stadtparlament angehörte, wurde bereits im Juli 1934 wieder verhaftet. Der Verhaftungswelle im März 1933 war er entgangen, weil er untertauchen konnte. Er bekam nun drei Jahre Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wurde anschließend ins KZ Sachsenburg bei Frankenberg verschleppt. Nach seiner Entlassung reichte er sich in den Kampf gegen die Nazis ein, arbeitete in der Widerstandsgruppe NKfD Leipzig, wurde 1944 erneut verhaftet, zum Tode verurteilt und am 12. Januar 1945 hingerichtet.

In Leipzig trug u. a. die VP-Bereitschaft in der Essener Straße seinen Namen. Heute erinnert ein Straßennamen an ihn.

• DIETER KÜRSCHNER

Am Ende einer 40-stündigen heftigen und kontroversen Debatte beschloss die von der CDU/CSU geführte Mehrheit des Bundestages gegen den erklärten Willen der SPD die Billigung der Pariser Verträge. Lange hatte das Kabinett Adenauer auf den darin vorgesehenen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO hingearbeitet, deren Strategie – kaum verhüllt – durch eine antisowjetische Stoßrichtung mit „containment“ (Eindämmung) und „roll back“ (Zurückrollen) des Sozialismus geprägt war, wobei militärischen Mitteln eine wesentliche Rolle zugeordnet war. Die Pariser Verträge vollendeten die Abkehr der Westmächte vom Potsdamer Abkommen, die bereits 1946 schrittweise be-

Vor 50 Jahren stimmte der Bundestag den Pariser Verträgen zu

Bruch mit Potsdam

gonnen hatte. Eindeutig waren im Potsdamer Abkommen „völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands“ als Ziele der Besetzung durch die Alliierten festgelegt worden. Das passte nicht mehr ins strategische Konzept.

An die Stelle des Besatzungsregimes trat ein Vertrag über die Stationierung der Truppen der Westmächte in der BRD. Damit war auch formell der Weg frei für die Wiederbewaffnung des westdeutschen Staates und seine feste Einordnung in die militärische Strategie der USA und ihrer Verbündeten und in die

Front des Kalten Krieges.

Die Entscheidung der Westmächte war bereits auf der Londoner Außenministerkonferenz im Oktober 1954 gefallen. Die Bundesrepublik (wie auch Italien) hatte sich nur verpflichten müssen, keine Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen sowie keine gelenkten Geschosse herzustellen.

In Kraft traten die Pariser Verträge am 5. Mai 1955. Erst danach und nach neuen sowjetischen Abrüstungsvorschlägen, wurde am 14. Mai 1955 in Warschau der Verteidigungspakt sozialistischer Staaten geschlos-

sen. Erst nach Schaffung der Bundeswehr (seit langem vorbereitet, traten die ersten Wehrgesetze im Juli 1955 in Kraft) beschloss die DDR im Januar 1956 die Bildung der NVA.

Mittlerweile wird die NATO-Strategie von der SPD voll mitgetragen. Nach Beendigung des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Paktes hat sich die NATO niemals selbst in Frage gestellt, sondern 2003 ganz im Sinne früherer, aggressiver Ziele und unter Mitwirkung der BRD neue, weiterreichende Konzepte beschlossen. Wenn der Bundeskanzler jetzt zu weiterer Reformierung auffordert, kann es nur um Profilierung und Modernisierung, keinesfalls um eine Rücknahme der NATO gehen. • G. L.

Wenn sich der heutige Freistaat Sachsen sehr schwer tut bei der Gestaltung eines modernen Schulsystems, befindet er sich durchaus auf einer historischen Traditionslinie. Gerade im Bildungswesen war Sachsen immer etwas der Zeit hinterher, und 200 Jahre allgemeine Schulpflicht sind gewiss kein Grund zum Feiern. Als hier am 4. März 1805 eine Verordnung „über das Anhalten der Kinder zur Schule und die Bezahlung des Schul-

Die allgemeine Schulpflicht in Sachsen ist erst 200 Jahre alt

geldes“ erging, war damit die allgemeine Schulpflicht formell eingeführt – immerhin rund einhalb Jahrhunderte nach dem Vorreiter Gotha und anderen Städten Thüringens, 88 Jahre nach Preußen und allerdings fast mit gleicher Verspätung wie Bayern (1802).

Aber erst 1835 wurde das erste

Schulgesetz für Sachsen erlassen, das endlich mit der Schulpflicht Ernst machte. Die Chroniken einer Reihe Städte – auch der Landeshauptstadt – datieren ihre Einführung erst auf dieses Jahr. Vor Erlass dieses „Elementarschulgesetzes“ gab es Regelungen zu Schulfragen nur als Teile von Kirchenordnungen.

Aber auch danach, bis zum „Volksschulgesetz“ von 1873, wurde die Schulaufsicht noch von den kirchlichen Superintenden-ten wahrgenommen.

Wiederum ähnlich wie in unseren Tagen waren vor 200 Jahren die Impulse für eine progressivere Schule nicht von oben, sondern von unten ausgegangen. Initiator der neuen Verordnung war einer der namhaftesten Pädagogen Sachsens, Gustav Friedrich Dinter aus Kitzscher. • L.



Von
**KLAUS
HUHN**

Heute erlaube ich mir mal, den Leser zu einer Reise einzuladen. Nein, es muss kein Koffer gepackt, nur eben ein Blick in die Ferne geworfen werden. Dass es ausgerechnet Richtung Nordamerika geht, könnte dem einen oder anderen Leser zwar Unmutsfalten auf die Stirn treiben, doch kann ich schon vorab alle besänftigen: Erstens meint Nordamerika in diesem Fall Kanada und USA und obendrein geht es nicht um politische Ereignisse im Bush-Land, sondern um – Eishockey. Vor wenigen Tagen hat Garry Bettmann, Boss der National Hockey League (NHL), die die höchste Eishockeyspielklasse des Kontinents ist, mitgeteilt, dass die Saison 2004/2005 ausfällt. Bettmanns Kommentar vor der schockierten Presse: „Ich fasse das, was ich eben gesagt habe, zusammen: Es ist schrecklich.“

Um dem Leser eine Vorstellung vom Ausmaß dieser Entscheidung zu vermitteln, bleibt mir nur folgender Vergleich: Die Bundesliga stellt über Nacht ihren Betrieb ein und die Spieler suchen verzweifelt neue Jobs. Oliver Kahn vielleicht in Moskau, Ailton möglicherweise in Lodz. Im weiteren können Sie Ihrer Phantasie freien Lauf lassen. Und auch darüber nachdenken, wie sie künftig den Sonabend verbringen, wenn Sie Bayern München nicht mehr im Fernsehen siegen oder verlieren sehen können. Sie können mich wegen unglaublicher Schwarzmalerei verfluchen und behaupten, dass solche Situation unvorstellbar sei, aber in Kanada und den USA ist die Situation nun haargenau so. Millionen Fernsehzuschauer müssen sich damit abfinden, dass vorläufig kein NHL-Star mehr auf dem Bildschirm erscheint und alle, die selbst zu den Spielen führen, damit, dass die riesigen Hallen geschlossen bleiben.

Warum ich diesem Ereignis solche Aufmerksamkeit schenke und politische sächsische Leser damit ver-

traut mache, hat einen simplen Grund: Die „Katastrophe“ ist die Folge einer erfolgreichen Gewerkschaftsaktion und das verdient schon Aufmerksamkeit in einem Land, in dem man mit der Entschlossenheit der Gewerkschaft durchaus nicht immer zufrieden ist. Der Streit zwischen den Milliardären, denen die Eishockeyklubs - und oft auch die Stadien – gehören und der Gewerkschaft ging um die Obergrenze der Summen, die für die Spieler ausgegeben werden. Das könnte auf den ersten Blick irritieren und die Gewerkschaft in den Verdacht geraten lassen, dass sie die Spielereinkommen beschränken wollte, aber tatsäch-

abgewendete Pleite von Borussia Dortmund zählt höchstens zu den Spitzen der Eisberge, die uns das hier und da deutlich machen. In der NHL wurde die Talfahrt durch die Gewerkschaft gestoppt und das sollte zu denken geben. Dabei kam es zu kuriosen Situationen. Ein Superstar wie Mario Lemieux spielt nicht nur bei den Pittsburgh Penguins, sondern sie gehören ihm auch! Er beschrieb die Situation mit den Worten: „Früher dachte ich immer, die Eigentümer würden das Geld unter dem Tisch verstecken. Jetzt bin ich klüger und gestehe: Ich konnte mir mich selbst nicht mehr leisten.“ Er hatte also nicht mehr genug auf

Sportkolumne

Eisiger Arbeitskampf

lich ging es um die Explosion der Stargehälter, unter denen das „Eishockey-Proletariat“ zu leiden hatte. So verdiente der Tscheche Jaromir Jagr letzte Saison bei den New York Rangers elf Millionen Dollar. Der Scheck-Kampf um die Stars führte dazu, dass die NHL in der Saison 2002/03 Verluste von 273 Millionen zu verzeichnen hatte. Am Ende spitzte sich der Arbeitskampf im Streit um die Budgetobergrenze zu. Die durch die Verluste verschreckte NHL wollte für jede ihrer Mannschaften noch maximal 42 Millionen Dollar ausgeben, aber die Gewerkschaft bestand auf 49 Millionen als Limit. Zwei Tage und zwei Nächte wurde verhandelt, dann war die Eishockeysaison, die nie begonnen hatte, endgültig vorbei. Rund 350 Stars der NHL buchten sofort Flüge nach Europa und ließen sich dort anheuern. Die Berliner Eisbären zum Beispiel verpflichteten den Torwartstar der Washington Capitals Olaf Kölzig und den zitierte das „Handelsblatt“ mit einem bemerkenswerten Satz: „Die Klubbesitzer sind schuld. Wir Spieler sind der Liga doch entgegengekommen.“

Es mag ein wenig irritierend klingen, wenn ein Torwart mit 6,25 Millionen Jahresgehalt die Forderung der Gewerkschaft begrüßt, aber das ist die Realität dieses Arbeitskampfes. Und Aufmerksamkeit verdient der, weil er transparent macht, in welcher Misere der kommerzialisierte Sport weltweit steckt. Die vorerst

dem Konto, um seine eigene Gage zu bezahlen. Mindestens 400 NHL-Spieler werden sich arbeitslos melden müssen, die Klubs müssen ihre Angestellten entlassen und den Käufern der rund 17 000 Dauerkarten das Geld zurückzahlen. Hinzu kommen die Pächter der Gaststätten und Theken in den Hallen, die ihren Angestellten kündigen müssen. Mit einem Wort: Die Folgen sind immens. Was zum Beispiel sollen die Fernsehstationen treiben, die die Übertragungsrechte gekauft haben? Über Weihnachten retteten sie sich mit den Spielen der Junioren-WM, demnächst werden sie Spiele der zweiten und dritten Profiliga ins Programm nehmen müssen. Die Zahl der Zuschauer wird sinken, die Werbespots werden demzufolge billiger, die Einnahmen der Fernsehsender reduzieren sich. Jahrzehnte wurde im nordamerikanischen Eishockey auf Teufel komm raus gepokert und die Warnung der Gewerkschaften belächelt, nun sieht man sich zum ersten Mal mit den Folgen eines Arbeitskampfes konfrontiert.

Nur ein einziger Vorteil ergab sich: All die Stars, die Jahr für Jahr mitteilen ließen, keine Zeit für die Teilnahme an der Eishockey-Weltmeisterschaft zu haben, werden 2005 in die Kabinen drängen und um einen Platz in der Nationalmannschaft betteln. Es ist ihre einzige Chance, ihr Können dieses Jahr im Fernsehen zu zeigen ...

Stramme Waden



Das Radsportjahr 2004 im Buch: Es berichtet über die großen Straßenrad-Rundfahrten, über Ein-Tages-Klassiker wie z. B. Paris – Roubaix, über nationale Meisterschaften und die Olympischen Rad-Wettbewerbe. Ein reichhaltiges Farbbildangebot rundet die Informationen ab.

Ausführlich wird die Tour de France auf 12 Seiten geschildert. Die Deutsch-

land-Tour dagegen auf vier Seiten, Olympia in Athen auf sechs. Vom „Giro d'Italia“ erfährt man sogar, dass der Sportler Serino auf dem 140. Platz landete und wer sich unter den ersten Fünf in den weiteren Wertungen platzierte. Wer Informationen zur 57. Internationalen Friedensfahrt sucht, wird zwar ebenfalls fündig – im Ergebnisteil mit den fünf Erstplatzierten und der Nennung der Etappensieger, aber beim Bildbericht ist leider Fehlzeige.

Vorgestellt werden in dieser Ausgabe weiterhin Radsportler und Landesmeister des Jahres 2004. Leider nicht von allen Ländern. Auch gibt es keine Informationen zu den Bahnrad-sportmeisterschaften in den einzelnen Ländern. Nur zu den Olympischen Bahnrad-Wettbewerben existieren Bild- und Textinformationen. Alles in allem: Der Titel des trotzdem interessanten Buches verspricht mehr als er eigentlich halten kann.

• RALF FIEBELKORN

Karsten Migels: *Jahresrückblick Radsport 2004*. Artbeer Verlag Ebringen 2004. 144 S., 26,90 Euro

Interessante Einblicke ...

... in ihr „olympisches Tagebuch“ gewährt uns die Fernsehjournalistin Christa Haas. In vielen Details beschreibt sie die sich stetig veränderten Arbeitsbedingungen im Team der Sportjournalisten wie auch an den jeweiligen Sportstätten. Wer wissen will, welche Rolle Journalistinnen bei den Olympischen Spielen zukommt oder wie die Journalisten untergebracht sind, kann das hier nachlesen. Wir erfahren Hintergründiges über den Transport zu den Sportstätten und wie die Sicherheit der vielen Teilnehmer bei den Olympischen Spielen gewährleistet wird. Randgeschehen von Olympia, das so in keinem anderen Olympia-Buch nachzulesen ist.

Da also nicht in erster Linie über die sportlichen Leistungen geschrieben wird, ist es auch legitim, wenn Statistiken über die Platzierungen während der Olympiaden fehlen. Dafür gibt es viele andere Olympiabücher. Trotzdem schildert Christa Haas einzelne Wettkämpfe, die sich ihr wegen einer besonderen Dramatik auch besonders eingepägt haben, wie z. B. zu den Winterspielen 1994 in Lillehammer. Dort hatte das Chemnitzer Eiskunstlaufpaar Mandy Wötzel und Ingo Steuer echte Medaillenchancen. Mandy Wötzel stürzte im Kürfinale, das kostete den Siegeslorbeer. Auch für eine Fernsehrepor-



terin kein einfacher Kommentargegenstand.
• R. FIEBELKORN

Christa Haas: *Olympisches Tagebuch. Von Los Angeles bis Athen – Backstage bei Olympia*. Agon Sportverlag, Fulda/Brück 2004. 224 S., 19,90 Euro

Eine ostdeutsche politische Glosse

Die menschlichen Chamäleons

Einmal da war'n sie fünfhundertprozentig, vom Geist nicht die Stärksten, doch's Mundwerk lief flott.

Von Toleranz hatten sie keine Ahnung – und wenn sie sie hatten: Parteitag war „Gott“.

Das eigene Denken meist ausgeschaltet; die Losung des Tages stand ja im „ND“.

Hier ward das parteiliche Denken verwaltet: Statt handfester Nahrung gab's leider auch „Schnee“; denn ehrliche Kritik an Fehlern und Mängeln (die, menschlich verständlich, ja auch mal passier'n), die hat man als staatsfeindlich's Handeln gewertet – und ab ging's nach Bautzen, „den Geist zu kurier'n“.

Das hat uns'rer Sache erheblich geschadet, manch ehrliche Haut hinter Gitter gebracht, die ROTEN IDEEN beschmutzt und verraten, der Luxemburg Mahnung vergessen gemacht. Nun sind sie in Rente und fahr'n nach Mallorca, enthalten sich jeglicher Meinung vor Ort, sind Gartenbesitzer und Briefmarkensammler, politische Dinge – für sie nun weit fort ... Zur Wahl geh'n sie nicht, denn: – Was kann man schon ändern?“

Am besten, man lässt sie für immer in Ruh'! Zur Ehrung der Toten, wie Liebknecht und Rosa:

Da ziehen sie schnell ihre Vorhänge zu!

Gesinnung zu zeigen, da sind sie zu feige.

Vielleicht haben sie auch nie eine gehabt,

denn manche, das muß man nun täglich erkennen, die sind ja auf diesem Gebiet sehr begabt;

schauspielerisch und immer das Leben genießen – und jedem zum Munde, wenn's Vorteile bringt.

Und ändert sich schließlich politisch das Klima, man dann ohne Skrupel Choräle mitsingt.

Auf einmal da sind sie auch „gläubig“ geworden, obwohl sie einst Gläubige oft schikaniert,

verschachern auf Flohmärkten all ihre Orden, damit ihrem „Image“ nur nichts mehr passiert.

JOHANNES KONOPKA, NAUMBURG

Zahra Kameli darf nicht abgeschoben werden

TERRE DES FEMMES fordert einen sofortigen Abschiebestopp von Frau Zahra Kameli in den Iran und die Erteilung eines dauerhaften Aufenthaltsstatus! Frau Kameli ist im letzten Jahr zum christlichen Glauben konvertiert und hat überdies ein außereheliches Verhältnis in der BRD. Dadurch verstößt sie in doppelter Hinsicht gegen die Regeln des Islam. In unserer Stellungnahme, die wir dem verantwortlichen Verwaltungsgericht in Braunschweig, der Ausländerbehörde in Glosar und dem Innenminister, Otto Schily, zukommen ließen, rät TERRE DES FEMMES dringend von einer Abschiebung ab, weil Frau Kamelis Leben im Iran akut gefährdet wäre.

Nachdem sich der deutsche Pilot geweigert hatte, die gesundheitlich angeschlagene, junge Iranerin nach Teheran auszufliegen, wurde die Abschiebung vorläufig gestoppt. Frau Kameli befindet sich momentan in einem Krankenhaus in Frankfurt. Nach ihrer Genesung soll ein weiterer Abschiebeversuch unternommen werden.

Im Iran werden die Todesstrafe und andere schwere Strafen gegen Personen verhängt, die sich sogenannten Sexualdelikten schuldig machen. Hierzu zählt u. a. Ehebruch. Die traditionelle Strafe bei Sexualdelikten ist die Steinigung, die weltweit grausamste Form der heute noch offiziell praktizierten Todesstrafen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

TERRE DES FEMMES e.V., Referat „Eilaktionen“,

Frau Myria Böhmecke, Frau Ines Roth

Tel.: 07071/ 797314

<http://www.frauenrechte.de>



Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

Neues von der Kampffront NPD?

Es ist erfreulich, dass sich Dr. Cornelia Ernst, Vorsitzende der sächsischen PDS und Landtagsabgeordnete zum Auftreten der NPD in Sachsen äußert. Sie tritt für ein NPD-Verbot ein. Der bürgerliche Staat soll also das „Problem“ lösen, das er selbst verursacht hat. War (und ist) nicht die Ausmerzung des Faschismus mit seinen Wurzeln völkerrechtliches Gebot und geschichtliches Vermächtnis? Cornelia Ernst begründet ihren Vorschlag: „Noch nie hatte diese Partei solche hervorragenden Möglichkeiten, ihre Nazipropaganda öffentlich zu machen ... Ein Verbot nähme dieser Partei die Bühne und Ressourcen, und es würde für sie deutlich schwerer, öffentlich Propaganda zu machen.“

Zu fragen ist zunächst: Wirkt diese Partei erst, seitdem sie im Landtag ist? Wie konnte eine Partei, die im Westen ihre historischen Wurzeln hat, mit ihren Spitzenpolitikern in Sachsen – das seit 1990 von der CDU regiert wird – solche parla-

mentarischen Erfolge haben?

Warum wird kaum erörtert: Wer verschaffte der NPD solche „Möglichkeiten“ und warum?

Wo waren bekannte PDS-Gesichter, als am 19. Januar 2005 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Argumente gegen die zu erwartende Offensive der NPD um den Platz des 13. Februar erarbeitet wurden? Wer von den PDS-Politikern nutzte die Gelegenheit, am 20. Januar im Plenarsaal des Rathauses aufzutreten, als Frederick Taylor (moderiert hat Gerhard Besier, der Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung) Thesen vortrug, die den NPD-Ideologen neue Munition lieferte? (Noch nie habe ich nach 1945 einen solchen „Polizeischutz“ bei einer „wissenschaftlichen“ Veranstaltung erlebt.) Warum hat in der berüchtigten Landtagssitzung am 21. Januar, als die NPD-Abgeordneten Apfel und Gansel aus der Deckung gingen, die PDS als Fraktion und jeder anwesende PDS-Abgeordnete ge-

schwiegen, als Landtagspräsident Erich Iltgen zwei mal die Fraktionen und dann drei mal die Abgeordneten gefragt hatte, ob noch jemand das Wort wünschte? (Wie verlassen er sich fühlte, hat er mir in einem Gespräch gesagt.)

Und noch einmal zur Diskussion um das Verbot der NPD: Könnte es nicht sein, dass diese Diskussion die ideologische Nebelwand ist, hinter der der Abbau der demokratischen Rechte durchsetzbar ist? Steht nicht auch im jüngsten Verfassungsschutzbericht (unter Berufung auf Zitate aus dem Programm der PDS und Reden einiger Politiker) die PDS unter dem Generalverdacht, verfassungsfeindlich zu handeln? Liefert nicht die Totalitarismus-Doktrin (die auch in der Präambel der sächsischen Verfassung präsent ist) die „theoretische“ Grundlage für das Vorgehen? Gibt es nicht nutzbare Erfahrungen aus der Geschichte der BRD aus den fünfziger Jahren?

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Zu LN 3'05: Zu: Offener Brief an Dieter Wonka

Ohne Antifaschismus wieder Krieg und Faschismus

mokratie bestellt?

Natürlich ist Herrn Wonka zuzustimmen, dass Verbote allein keine „ideologische und historische Befreiung bedeuten“.

Es ist beschämend, wie hilflos heute Politiker, Medien und die Justiz den Neonazis gegenüber treten. Da ist es schon einfacher, einen nicht mehr existierenden Staat zu verleumden. Es ist ein beklemmendes und zugleich entlarvendes Eingeständnis, wenn der Bundeskanzler feststellt, dass die etablierten Parteien in der Auseinandersetzung mit der NPD versagt haben. Warum wohl quält er sich ein „vielleicht mit Ausnahme der PDS“ ab? Möglicherweise stößt Herr Wonka bei einigem Nachdenken auf den „verordneten“ Antifaschismus, der vielen Mitgliedern dieser Partei und

ihren Sympathisanten zur Herzenssache und Teil ihrer Weltanschauung wurde.

Als sich die „Wende“ in Richtung Beitritt der DDR zur BRD neigte, sagte meine Tochter, damit käme alles wieder: Krieg und Faschismus. Sollte ein knapp neunzehnjähriges Mädchen mehr Weitblick besitzen als der o. g. Kreis, Herr Wonka eingeschlossen? Oder sollte es ein politisches Interesse geben, den Rechtsradikalismus zu tolerieren und dafür den Antifaschismus in der DDR büßen zu lassen? Wenn man die rührende Begleitung der Neonazi-Aufmärsche durch die vom Steuerzahler bezahlte Polizei verfolgt, kann man schon ins Grübeln kommen.

HARRY PURSCHE, LEIPZIG

Heute morgen als ich in die Stadt fuhr, begleitete mich meine nigerianische Nachbarin Tina, die zu ihrem kleinen Laden für afrikanische Produkte wollte. Sie war gerade von einem Besuch ihrer Familie in Nigeria zurückgekehrt. Nachhaltig schilderte sie mir – mein Englisch auffrischen helfend – die wahnsinnige Armut der Menschen in ihrer Heimat. Als sie später ausstieg, kamen zwei russisch sprechende Frauen in die Bahn. Ich hörte ihnen ein wenig zu und verstand, dass sie sich über ihre Kinder unterhielten. Multikulti in Leipzig.

In diesem Zusammenhang dachte ich an unser kommendes Eurocamp in der Tschechischen Republik. Es ist ein unbeschreibliches Gefühl der Solidarität und der Gemeinschaft, wenn wir in jedem Jahr alte Bekannte aber auch neue TeilnehmerInnen entdecken und uns lange in den Armen liegen vor Freude. Wir nehmen zum sechsten Male am Camp

Eurocamp 2005 in Milovice

teil. In diesem Jahr sind wir mit elf TeilnehmerInnen aus Leipzig vertreten. Junge Leute und nicht mehr so ganz junge (wie wir).

Dieses Camp wird in der Hauptsache von den Cottbuser GenossInnen und von GenossInnen der KSCM im Jiciner Gebiet organisiert. Es nehmen auch VertreterInnen aus Polen, der Slowakischen Republik und aus Frankreich teil. Alle zusammen vertreten das Ständige Forum der Europäischen Linken – der Regionen, SFEL-R. Viele Aktionen haben wir in all den Jahren mitgestaltet. Wir besuchten verschiedene Gedenkstätten, so das ehemalige KZ Theresienstadt (Theresienstadt) und Lidice – dort haben junge GenossInnen viele Rosen neu angepflanzt.

Im vergangenen Jahr starteten wir erstmals zu einem „Petite Course de la Paix“ durchs Dreiländereck Polen,

Tschechische Republik und Deutschland. Die Fahrräder stellten Zittauer GenossInnen zur Verfügung. Ein ähnlicher „Course“ ist auch in diesem Jahr geplant. Außerdem steht ein Besuch in den Skoda-Werken im Programm. Gleichzeitig wird es eine Vielzahl von Gesprächen und Begegnungen mit den vielsprachigen TeilnehmerInnen zu brisanten Problemen der einzelnen Regionen und zu gemeinsamen Aufgaben geben.

Es ist für eine Anmeldung zu diesem Camp noch nicht zu spät. Wer Interesse hat, kann sich jederzeit an uns wenden. Das **Camp findet vom 5. bis 8. Mai 2005 in Milovice** statt. In der Nähe liegende Städte sind Jicin und Hradec Kralove.

Wendet euch bitte an Christine und Andreas Halle, Telefon : 0341 4210748

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 2. März, 19 Uhr, Leipzig

Filmabend – Deutschlandpremiere, GlobalE 2005: *The Take* ***
Regie: Avi Lewis, Argentinien/Canada 2004, Doku, 87 min, mit
anschließender. Vorfilm: *Yomango Tango*, Spanien 2002, 5 min. In
Zusammenarbeit mit Attac Leipzig
naTo, Karl-Liebknecht-Str. 46

Mittwoch, 2. März, 18 Uhr, Chemnitz

Buchvorstellung *Das Tietz – die Geschichte eines jüdischen
Warenhauses*. Mit Dr. Jürgen Nitsche, Chemnitz, Mitautor
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Donnerstag, 3. März, 19.30 Uhr, Dresden

„Die Juden sind weg“ – Film von Ernst Hirsch, anschließend Ge-
spräch mit Frau Lilly Ulbrich, Gesellschaft für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit Dresden. In Zusammenarbeit mit HATIKVA.
HATIKVA, Pulsnitzer Str. 10

Freitag, 4. März, 17 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion *Frieden mit der Europäischen Verfas-
sung?* Mit Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP und Vizepräsi-
dentin des Europäischen Parlaments. Moderation: Dr. Monika
Runge. In Zusammenarbeit mit linXXnet e. V.
LinXXnet, Bornaische Str. 3

Sonnabend, 5. März, 10.30 Uhr, Chemnitz

Podiumsdiskussion *60 Jahre nach der Bombardierung – und die
Rechten im Aufwind! Haben die Deutschen nichts gelernt?* Mit
Dr. Hans Modrow, Berlin, u. a.
DASietz, Veranstaltungssaal der Stadtbibliothek, Moritzstr. 20

Sonntag, 6. März, 14 Uhr, Dresden

Dresden im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand.
Rundgang zu Plätzen und Gebäuden im Stadtzentrum Dresdens, die
heute stumme Zeugen der Verfolgung und des Widerstandes Dresd-
ner Bürgerinnen und Bürger in den Jahren 1933 bis 1945 sind.
Kostenbeitrag: 6 Euro, ermäßigt: 5 Euro. In Zusammenarbeit mit
HATIKVA und igeltour
Wettiner Platz 10

Montag, 7. März, 19.30 Uhr, Dresden

Veranstaltungsreihe „Zu Hartz IV und Sozialabbau: Wir haben
Alternativen“: *Bedingungsloses Grundeinkommen*.*** Mit
Johannes Beisiegel, attac-AG „Genug für Alle“, Kiel; Peter Heller,
ver.di Landeserwerbslosenausschuss Sachsen, und Ronald Blasch-
ke, Sprecher Netzwerk Grundeinkommen. In Zusammenarbeit mit
attac und Bündnis gegen Sozialkassenschlag Dresden
Haus an der Kreuzkirche 6

Montag, 7. März, 19 Uhr, Leipzig

UnternehmerInnenstammtisch. Moderation: Dr. Christel Neuhaus
Ratskeller Leipzig, Lotterstr. 1

Mittwoch, 9. März, 15–17 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion *Was erwarten die Senioren von der
Gewerkschaft und was leisten die Gewerkschaften?* Mit Uschi
Gruse, Stellvertretende Vorsitzende der GEW Sachsen. In Zusam-
menarbeit mit der Seniorengruppe Chemnitz der GEW
Begegnungsstätte des Betreuten Wohnens, Hauboldstr. 39

Mittwoch, 9. März, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion *Leben und lernen in Uganda*. Mit Caroli-
ne Schmidt und Maria Fichte, TU-Chemnitz
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Donnerstag, 10. März, 18 Uhr, Leipzig

Lesung und Gespräch *Hartz-IV – Eine Abrechnung*. *** Mit der
Autorin Gabriele Gillen, Köln und Berlin, Autorin und Journalistin
beim Westdeutschen Rundfunk Köln. Moderation: Dr. Christel
Hartinger
Harkortstr. 10

Sonnabend, 12. März, 10–16 Uhr, Leipzig

Kolloquium *Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von
Fritz Behrens*.*** Mit Dr. Joachim Bischoff, Hamburg; Dr. Hans-
Georg Draheim, Leipzig; Dr. Stanislav Holubec, Prag; Dr. Dieter
Janke, Leipzig; Prof. Dr. Tadeusz Kowalik, Warschau (angefragt);
Prof. Dr. Günter Krause, Berlin; Dr. Isa Kreft, Leipzig; Prof. Dr.
Eva Müller, Taucha; Prof. Dr. Helmut Steiner, Berlin; Prof. Dr. Karl
Georg Zinn, Wiesbaden, und Gerhard Zwerenz
Harkortstr. 10

Sonntag, 13. März, 16 Uhr, Leipzig

Mit Frauen aus aller Welt – Begegnung, Forum, Gespräche. In
Zusammenarbeit mit LISA
Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-
Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchge-
führt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Unser Leipzig – Verantwortung tragen

Der PDS-Ortsverband Südwest lädt ein zum

**Bürgerforum am 1. März, 18 Uhr, in die
49. Grundschule, Rödelstr. 6**

mit MdL Dr. Barbara Höll (OBM-Kandidatin der PDS), Hans-
Georg Krämer (Amtsleiter Tiefbauamt), Reiner Engelmann
(Stadtrat), Andreas Lemme (Stadtrat)

Einen
herzlichen Gruß
zum Internationalen
Frauentag
am 8. März
allen Frauen und
Mädchen in Leipzig-
Lößnig!

Die PDS-Basisorganisa-
tionen
Lößnig I, II, III

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

**2. 3., 20 Uhr, UT Connewitz (Pre-
miere): Kleine Engel** – ab 10 Jahre

6. 3., 15 Uhr: Schul-Zoff, Kin-
dertheaterprojekt – ab 7 Jahre

**8. 3., 10 Uhr, 9. 3., 10 und 19 Uhr:
Der Falke** – ab 15 Jahre

**11. und 12. 3., 20 Uhr: Das
Königsexperiment**, Jugendtheater-
projekt – ab 14 Jahre

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für
Rentner und angehende Rentner
durch, die Mitarbeiter der be-
waffneten Organe und der Zoll-
verwaltung der DDR waren.
Die Sprechstunden finden an
jedem vierten Mittwoch des
Monats von 16 bis 18 Uhr im
Stadtteilzentrum Messemagis-
trale, Straße des 18. Oktober
10 a, 04103 Leipzig, statt.

Hartz IV-Opfer sucht Arbeit

Gepr. Bilanzbuchhalter sucht
für 20 Wo.-Std. Arbeit

Angeb. unter Chiffre Hartz IV
an Redaktion Leipzigs Neue,
Braustr. 15, 04107 Leipzig

Eine private Kleinanzeige
dieser Größe kostet bei
uns nur 5 Euro

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im März neu bei uns:

Oskar Lafontaine: Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte
Gesellschaft. Econ, 19,95 Euro

Lothar Bisky: So viele Träume. Ein Leben.
Rowohlt, Berlin, 19,95 Euro

Die DDR-Bibliothek, 25 Bände. Faber und Faber,
jetzt 10 Euro je Band, solange der Vorrat reicht

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens
für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Wir trauern um unseren Genossen

Martin Ulrich

9. November 1910 – 9. Februar 2005

Er war ein unbeugsamer Kämpfer gegen den Faschismus
und ein aufrechter Sozialist

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren

Die Mitglieder der Basisorganisation Schönefeld-Ost

Wir trauern um unseren lieben Freund und Genossen

Felix Müller

* 15. August 1915 † 14. Februar 2005

Sein Andenken werden wir in Ehren halten

PDS-Ortsverband Innerer Süden

Die Urnenfeier findet am Donnerstag, 10. März, 10.30 Uhr
auf dem Südfriedhof statt

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird
über die Post zugestellt. Das Abonnement
verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr,
wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsen-
de in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum
Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum
Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Helmut Bräuer

Eine (fast) uralte Handsalbengeschichte

Im Ländchen D. regierte seit undenklichen Zeiten Herzog Holbert Greifzu von Güldenglanz. Er verstand es, den Leuten in Städten und Dörfern stets mit gutigem Lächeln zu begegnen und ihnen Rechtschaffenheit und Gerechtigkeits-sinn vorzuweisen, dass es für alle eine Freude war und von den Chronikenschreibern auch eifrig fixiert und mit Exempeln versehen wurde. Bald bedachten sie ihren Herzog mit dem Beinamen „der Lautere“, und die Untertanen lobten ihn mit Liedern und Reimsprüchen. Ihn, Holbert den Lauteren, freute das, obwohl er es nicht in der Öffentlichkeit zeigte, stand doch dem Pöbel nicht zu, ein Urteil über den hohen Landesherrn zu haben oder gar zu äußern, selbst – wie er meinte – wenn es ein gutes war, wie es ihm nun einmal gebührte. Tagtäglich regierte er und regierte und regierte und saß bei fettem Kapaun, Zuckerwerk und süßen Weinen an reich gedeckter Tafel, trug kostbare seidene Kleider und erholte sich von den schweren Lasten des Amtes bei rauschenden Festlichkeiten. Schließlich stand das Herzogtum in gutem Flor: Die Händler handelten, die Bauern bauerten, die Handwerker handwerkerten und die Tagelöhner tagelöherten was sie vermochten, so dass die Landsteuer reichlich in die fürstliche Kämmererei floss, wo sich die mit Talern gefüllten Säcklein häufelten. Es fiel dort nicht sonderlich ins Gewicht, wenn der Oberste Kämmerer dem kontrollierenden Ersten Minister hin und wieder ein Beutelchen für seine Mühen zukommen ließ, damit dessen Freude ein wenig die Aufmerksamkeit beim Talerzählen überdecken helfe.

Eines Tages war die Handkrankheit ins Land gefallen – eine schlimme Sache, die die Finger krümmte und die Haut schrundig werden ließ. Der Erste Minister meldete dies Seiner Durchlaucht, hatte aber zugleich noch die gute Botschaft seinem Fürsten vorzutragen, dass im Obergebirge bei den armen Leuten ein altes Weiblein lebe, das jene 91 Kräuter kenne, mit denen die Krankheit zu heilen sei. Er möge, trug ihm der Herzog auf, sich der Materie annehmen und Abhilfe schaffen. Zwei lange Nächte wälzte der Erste Minister die Gedanken schwer im Kopfe hin und her, bis es ihm wie Schuppen von

den Augen fiel. Natürlich, das war die Lösung! Flugs ließ er in früher Morgenstunde anspannen und begab sich zum Herrschaftssitz des Medizinalkommissarius, den er bereits in heller Aufregung wegen der Krankheit antraf. Die beiden Exzellenzen berieten über den langen Vormittag hin und als der Erste Minister dem anderen hohen Amtsträger in Aussicht stellte, er wolle dafür sorgen, dass ihn Seine Durchlaucht bei der Vergabe des neuen „Großordens am güldenen Band mit Stern und Schwertern“ auf jeden Fall zu bedenken geruhen werde, trat harte Entschlossenheit ins Antlitz des Mannes: Mit Vehemenz wolle er sich umgehend der notwendigen Dinge annehmen.

Während der Erste Minister getröstet ins Schloss zurückfuhr, schickte der Kommissarius einen Amtsboten zum Heilkrämer Pillengut, befahl ihm zu sich und ordnete an, er möge sich umgehend der Herstellung einer Handsalbe widmen, die die scheußliche Krankheit wirkungsvoll bekämpfe. Er stellte dem Mann, der ein prächtiges Haus am Marktplatz der Stadt innahatte, ein entsprechendes Privilegium aus und beförderte ihn zum Oberheilkrämer der Residenz.

Schon bald war das Werk zum Abschluss gebracht. Pillengut hatte sich von einem Kraxenträger die Heilkräuter der Alten aus dem Obergebirge herabtragen lassen und die beiden mit jeweils drei Pfennigen abgelohnt. Die Leute freuten sich über die unvermutete Einnahme und darüber, dass sie die Krankennot vieler im Lande vertreiben konnten.

Der Oberheilkrämer kochte aus den Kräutern einen Sud und versetzte denselben mit frischem Ziegenfett. Diese Handsalbe tat rasch ihre Wirkung. Tag für Tag fand sich eine lange Menschenschlange vor der Krämerei ein, die gegen einen halben Taler Labsal und Heilung erwarb, so dass sich der neue Oberheilkrämer gezwungen sah, für die kommende Zeit eine Kundenkladde anzulegen, in die er die Namen der Kaufwilligen eintrug. Leicht aber konnte man den eigenen Namen in der Reihe ein wenig nach oben rücken lassen, wenn dem ein Doppeltaler oder auch zwei etwas auf die Sprünge

half, und da einige Wohlhabende im Herzogtum lebten, die die Handsalbe gar für einen besonders biegsamen Rücken zu benutzen gedachten, wofür freilich ein gehöriges Fässlein Salbe nötig war, wurde die Ware bald knapp und knäpper. Vor allem jene traf die Regelung hart, die von ihrer Hände Arbeit lebten und daher auf deren Gesundheit angewiesen waren. Die Geschichte jedenfalls kam Seiner Durchlaucht zu Ohren. Auf welchen Wegen dies geschah, lässt sich schwer verfolgen, aber umgehend befahl der Herzog seinem Ersten Minister, er möge ein Mandat ausarbeiten, das solche Praktiken untersage. Würde dieses Werk am Nachmittag vorliegen, so wolle Seine Gnaden nicht zögern und ihm das Dörfchen L. mit allen Gerechtsamen übertragen, nach dem – wie er wisse – dem Minister schon lange der Sinn stehe. Der Erste Minister ließ noch in der gleichen Stunde den Medizinalkommissarius rufen, beauftragte ihn mit der Aufgabe, die Staatskrise abwenden zu helfen und stellte ihm die Heirat mit seiner jungen, hübschen Tochter Tugendschön als Dreingabe in Aussicht, was den Mann nicht nur in Aufregung, sondern auch in Schaffensdrang versetzte. Bald verließ ein Bote die Kanzlei des Kommissarius mit einem Dekret, das die sofortige Einstellung des Verkaufs der Handsalbe anordnete. Die Krämerei werde ab sofort geschlossen und der Oberheilkrämer mit einer jährlichen Pension von 5000 Talern in den Ruhestand versetzt.

Am Abend jenes denkwürdigen Tages fand im herzoglichen Schloss ein rauschendes Fest statt, auf dem die erlauchten Gäste den hohen Gemein- und Gerechtigkeitssinn Seiner Durchlaucht feierten. Zu vorgerückter Stunde nahm unter tiefen Dankesbezeugungen der Erste Minister die Belehnungsurkunde über das Dorf L. in Empfang, und der Kommissarius küsste in aller Öffentlichkeit seine junge Braut. Unten in der Stadt ließ der heilkundige Pensionär die Kutsche beladen, die ihn nach dem Süden in warme Länder bringen sollte.

Im Obergebirge aber suchte der Kraxenträger das alte Kräuterweiblein auf und beide starrten eine gute Stunde ins Herdfeuer ...

Mir bleibt nichts anderes übrig, als mich schon einleitend beim Kanzler gebührend zu entschuldigen. Nicht, dass ich ihm ungebührliche Worte widmen wollte, nein, es geht einfach darum, dass er ständig an alle appelliert, die Lage in der Bundesrepublik nicht „schlechtzureden“, aber für einen, der durchs Land tippelt und viele Menschen trifft, bleibt da nicht viel schönzureden. Das wird jedem einleuchten, die in den Super-Limousinen sitzen, begegnen kaum Wanderern, weder im Wald noch in den Schenken. Ich war echt froh, dass mir dann doch noch eine hübsche Geschichte einfiel, die sie mir bei Anklam erzählt hatten. Da hatte eine Frau nachts ihren Mann vermisst gemeldet und hinzugefügt, dass er suizidgefährdet sei. Der Bundesgrenzschutz holte einen Hubschrauber aus dem Hangar und schickte ein Rudel Hunde in den Wald. So fand man den Gesuchten schon bald – wie es hieß „wohlauf“ –, brachte ihn zum Arzt und von dort geradenwegs zu seiner Frau. Nur: Der Bundesgrenzschutz ist nicht überall. Als wir nahe Teterow davon erzählten, hoffte man auf ähnliche Hilfe. Dort werden nämlich immer öfter seltene Greifvögel tot aufgefunden: Opfer von Giftanschlägen, die sich niemand so richtig erklären kann. Die Gegend sei inzwischen schon „seeadlerfrei““ erzählte einer. Vermutet wird,

Wanderungen durch Neufünfland

dass das vergiftete Fleisch gegen Füchse und Marder ausgelegt wurde. Wir trösteten die um die Adler und Greifen Trauernden: Bundesgrenzschutzhund werden garantiert für Ordnung sorgen. Ganz anderes Thema. In Ostvorpommern soll der Leiter der Sozialagentur allen gedroht haben, die denen, die Widersprüche gegen ihre Bescheide einreichen, mit Ratschlägen behilflich sind. Immerhin erfreulich: Weil so viele Widersprüche eingingen, musste die Widerspruchsstelle auf vier Mitarbeiter vergrößert werden. Wieder neue Arbeitsplätze! Wir erhofften uns ähnlich gute Kunde aus dem Harz. Da war denn auch welche. Auch in Blankenburg und Umgebung wimmelt es von Schuldnern, die beraten werden müssen. Die aber haben oft nicht mal das Fahrgeld, um zur nächsten Arbeitsagentur zu fahren und so kam die Blankenburger Schuldnerberatung auf die Idee, den Betroffenen ihre PC zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Schuldenprobleme per e-mail lösen können. Die Gymnasiasten im Jerichower Land werden davon allerdings nicht profitieren können. Dort nämlich werden die Schüler ab 11. Klasse künftig 50 Prozent der Fahrtkosten zur Schule bezahlen müssen. Rund 400 Euro im Jahr. Nein, wir wollen nichts schlechtreden: Was sind schon 400 Euro?

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

In der BRD-Stahlindustrie wird der Koks knapp. Jetzt wird überlegt, bei Hamm ein neues Steinkohlenbergwerk aufzuschließen.

Dass die Ostlöhne an die Westlöhne angepasst werden sollen, das ist Geschichte. Die Reise geht jetzt andersrum. Beides DLF 27. 1.

In den letzten drei Jahren haben in der BRD 20 000 Baubetriebe Insolvenz angemeldet. DLF 1. 2.

In der BRD gehen viel zu wenig Kinder aus „bildungsfernen Schichten“ in den Kindergarten.

Die Gewinne der deutschen Industrie sprudeln wie seit drei Jahren nicht mehr und die Lohnquote sinkt ständig. Beides DLF 2. 2.

Früher haben die Kommunisten die Medien in der Ukraine beherrscht, jetzt fallen die westlichen Medienkonzerne über uns her. Insofern hat sich nichts geändert.

Ein ukrainischer Filmregisseur
3sat 3. 2.

Die Welt muss sich auf neue Kriege einstellen – im Rahmen der US-Friedensoffensive. DLF 4. 2.

• GEFUNDEN VON MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Februar

Die nächste Ausgabe erscheint am 11. März

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40